

RUNDBRIEF NOVEMBER 2020

**THEMENKOGRUPPE
MENSCHENRECHTE UND INDIGENE VÖLKER**

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



VORWORT

Liebe Rundbrief-Leser/-innen,

das Vorwort zu unserer letzten Rundbrief-Ausgabe begann mit einem Zitat des neuen UN-Sonderberichterstatters für die Rechte indigener Völker, José Francisco Cali Tzay, der bereits ab Mai Nachrichten über die weitreichenden Folgen der COVID-19-Pandemie für indigene Völker aus aller Welt bekam. Schon im Frühjahr und Sommer wurde klar, dass es sich hierbei nicht nur um gesundheitliche Aspekte, sondern um negative Auswirkungen auf fast alle Lebensbereiche handelt. Im Juli erschien dann der erste Bericht von Cali Tzay zur weltweiten Situation indigener Völker während der Pandemie, den wir hier in unserem Rundbrief zusammengefasst haben. Darin betont er, dass indigene Völker in der Lage sind, selbst zu entscheiden, wie sie ihre Gemeinschaften am besten vor dem Virus schützen können. In diesem Sinne hat die Krise auch das Potenzial, auf die positiven Effekte aufmerksam zu machen, die sich einstellen, wenn die Rechte indigener Völker respektiert und geachtet werden. Neben der Zusammenfassung des UN-Berichts geben zwei Artikel zu Angola und Brasilien eine Übersicht über die Lage indigener Völker im Zusammenhang mit Covid-19.

Neben diesem Thema behandeln die Beiträge der aktuellen Ausgabe weitere Probleme und Menschenrechtsverletzungen weltweit, denen Mitglieder indigener Völker momentan gegenüberstehen. Diese umfassen die nur zögernd anlaufenden Säuberungsarbeiten von Shell und anderen Ölkonzernen im Nigerdelta, Angriffe und willkürliche Anschuldigungen gegenüber indigenen Menschenrechtsverteidiger/-innen in Indien und Südafrika sowie der endlos scheinende Kampf der First Nations in Australien um ihre Landrechte.

Eine aktuelle Entwicklung, die teils positiv, teils aber auch enttäuscht aufgenommen wurde, ist die Beendigung des „WaTER towers programme“, mit dem die EU Klima- und Naturschutzprojekte der kenianische Regierung unterstützt hat. Das Programm wurde bereits 2018 ausgesetzt, nachdem ein Mann der Sengwer von kenianischen Behörden im Rahmen illegaler Zwangsräumungen erschossen wurde. Jegliche Verhandlungen zwischen der Regierung und der EU über eine Neuaufnahme des Programms unter strengeren menschenrechtlichen Gesichtspunkten wurden allerdings im Oktober für beendet erklärt.

Des Weiteren möchten wir Sie über das Schicksal vermisster und ermordeter indigener Frauen und Mädchen in Kanada informieren und in diesem Zusammenhang auf eine Briefaktion an die zuständige Ministerin hinweisen. Es geht dabei um die zügige Umsetzung des bereits 2019 vonseiten der kanadischen Regierung versprochenen nationalen Aktionsplans zum Schutz der Betroffenen. Außerdem können Sie sich an einer Online-Petition für einen menschenrechtskonformen Klimaschutz in Kanada beteiligen, bei dem die Rolle indigener Völker von zentraler Bedeutung ist.

Neben diesen umfangreicheren Recherchen beinhaltet der Rundbrief wie immer auch aktuelle Nachrichten zu Einzelfällen wie den ermordeten Aktivist/-innen Berta Cáceres (Honduras) und Camilo Catrillanca (Chile). Mit einigem Stolz können wir auch verkünden, dass Amnesty International im Oktober und November über 85.000 Unterschriften an mexikanische Regierungsstellen in Mexiko und Berlin übergeben hat, um sie zur Aufklärung des Mordfalls von Julián Carrillo aufzufordern.

Wir wünschen eine spannende Lektüre und alles Gute für die immer noch außergewöhnliche Zeit!
Bleiben Sie gesund!

Marianne Kersten, Alexander Weide und Rosie Hofstetter

INHALT

Vorwort	2
Impressum	3
UN	4
Russische Föderation	6
In eigener Sache	7
Arktis/Sibirien	8
Kanada	9
Mexiko	18
Guatemala	21
Honduras	23
Kolumbien	26
Ecuador	28
Amazonas	30
Brasilien	33
Peru	38
Paraguay	41
Chile	44
Kenia	47
Nigeria	49
Angola	52
Südafrika	53
Bangladesch	55
Indien	57
AI-Broschüre zu Indigenen	60
Australien	61
Filmtipp	64
Buchtipps	65

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Themenkategorie Menschenrechte und indigene Völker
Marianne Kersten · Hohenrade 5 · 20257 Hamburg · marianne.kersten@amnesty-indigene.de
Alexander Weide · 20 Awgar Stone Road · Oxford · OX3 7FD · Großbritannien · alexander.weide@gmail.com
Rosemarie Hofstetter · Pinneberger Straße 83a · 22457 Hamburg · rosie.hofstetter@t-online.de

Hinweis: Nur als solche gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung von Amnesty International wieder.

www.amnesty.de; www.amnesty-indigene.de

SPENDENKONTO:
Bank für Sozialwirtschaft · IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 · BIC: BFSWDE33XXX
Gruppe 2915

UN

COVID-19: „DIE STIMMEN DER INDIGENEN VÖLKER MÜSSEN GEHÖRT WERDEN“, SAGT UN-EXPERTE

BERICHT DES UN-SONDERBERICHTERSTATTERS FÜR DIE RECHTE INDIGENER VÖLKER, JOSÉ FRANCISCO CALÍ TZAY VOM 20. JULI 2020

Der neue Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Rechte der indigenen Völker, José Francisco Calí Tzay, konzentriert sich in seinem ersten Bericht¹ auf die Auswirkungen des Coronavirus auf die Rechte der indigenen Völker. Er hat den Bericht am 13. Oktober 2020 in der Generalversammlung der Vereinten Nationen präsentiert.²

In seinem Bericht geht Calí Tzay insbesondere auf die erhöhten Gesundheitsrisiken, die Resilienz der indigenen Völker, die Reaktionen des Staates und der indigenen Völker auf die Pandemie und die Auswirkungen von staatlichen Maßnahmen auf indigene Völker ein. Er schließt mit einer Reihe von Empfehlungen, die auf eine integrative wirtschaftliche und soziale Erholung sowie die bessere Vorbereitung auf ähnliche Situationen in der Zukunft abzielen.

In seiner Präsentation des Berichts sagte Calí Tzay: „Indigene Völker gehören wahrscheinlich zu den am härtesten Betroffenen der drohenden globalen Rezession, der extremen Armut und der eskalierenden Unterernährung.“

Der UN-Experte rief dazu auf, gemeinsam mit den indigenen Völkern Pandemie-Notfallpläne zu entwickeln, die mit ihren individuellen und kollektiven Rechten in Einklang stehen und traditionelles indigenes Wissen anerkennen und einbeziehen.

Die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker sei der am weitesten anerkannte umfassende internationale Standard, und ihre Umsetzung sei der Schlüssel, um sicherzustellen, dass die indigenen Völker im Wiederaufbauprozess nach COVID-19 nicht zurückbleiben.

„Die Pandemie macht wirklich deutlich, wie die Nichtanerkennung der kollektiven Dimension der Rechte indigener Völker dazu führen kann, dass viele indigene Gemeinschaften weniger widerstandsfähig gegenüber den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der globalen Krise sind“, so Tzay.

Der UN-Experte sagte weiterhin, er habe bei der Erstellung des Berichts über 150 direkte und indirekte Zeugenaussagen erhalten. „Einer der Trends, den ich beobachtete, ist, dass jene indigenen Völker, die in der Lage sind zu entscheiden, wie sie ihre Gemeinschaften am besten schützen und ihr kollektives Land auch für die Subsistenzwirtschaft nutzen können, am wenigsten von dem Virus und der Störung der globalen Wirtschaft betroffen sind.“

¹ UN-Dokument A/75/185 vom 20. Juli 2020, abrufbar unter: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N20/188/47/PDF/N2018847.pdf?OpenElement>

² Pressemitteilung der Vereinten Nationen vom 13.10.2020, abrufbar unter: <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26374&LangID=E>

Der Bericht hebt auch hervor, wie die Widerstandsfähigkeit gegen die Pandemie erhöht wird, wenn die indigenen Völker ihr Recht wahrnehmen können, ihre eigenen Gesundheits- und Gemeinschaftsprogramme zu verwalten, ergänzt durch zugängliche und nichtdiskriminierende nationale Gesundheits- und Bildungssysteme. „In der Praxis wird den indigenen Völkern die notwendige Unterstützung für den Betrieb ihrer eigenen Einrichtungen verweigert und ihnen in vielen Fällen keine andere Wahl gelassen, als sich ausschließlich auf ihre eigene traditionelle Medizin zu verlassen, um mit dem Virus fertig zu werden“, so Tray.

Der Bericht zeigt auch auf, dass in den Fällen, in denen nationale Pläne beschlossen wurden, um die besondere Situation der indigenen Völker zu berücksichtigen, diese oft zu spät kamen, unterfinanziert waren und ohne die notwendigen Konsultationen erfolgten, um sicherzustellen, dass die spezifische Widerstandsfähigkeit und die Bedürfnisse der indigenen Völker angemessen berücksichtigt wurden.

Calí Tzay sagte abschließend: „Jetzt ist es an der Zeit, dass die Regierungen den indigenen Völkern eine aktive Rolle bei der nationalen Wiederaufbauplanung und -umsetzung zuweisen, indem sie den Schutz ihrer kollektiven Identität und ihres kulturellen Überlebens sicherstellen. Die Regierungen müssen außerdem anerkennen, dass das traditionelle Wissen der indigenen Völker den Weg zu einem Wiederaufbau im Einklang mit der Natur weisen kann, wodurch auch das Risiko künftiger ähnlicher Pandemien verringert wird und die gesamte Gesellschaft profitiert.“

HINTERGRUND

Herr José Francisco Calí Tzay (Guatemala) wurde zum UN-Sonderberichterstatter für die Rechte indigener Völker für eine dreijährige Amtszeit ab dem 1. Mai 2020 ernannt. Er ist Maya Kaqchikel und Gründer und Mitglied verschiedener indigener Organisationen in Guatemala. Er war Präsident des UN-Ausschusses für die Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung, eines Vertragsorgans, aus dem er für vier aufeinanderfolgende Amtszeiten von jeweils vier Jahren gewählt wurde.

Die Sonderberichterstatter/-innen sind Teil der sogenannten Sonderverfahren des Menschenrechtsrates (Special Procedures of the Human Rights Council). Special Procedures, das größte Gremium unabhängiger Expert/-innen im UN-Menschenrechtssystem, ist die allgemeine Bezeichnung für die unabhängigen Mechanismen des Rates zur Tatsachenfeststellung und Überwachung. Die Mandatsträger/-innen der Sonderverfahren sind unabhängige Menschenrechtsexpert/-innen, die vom Menschenrechtsrat ernannt werden, um entweder zu spezifischen Ländersituationen oder zu thematischen Fragen in allen Teilen der Welt zu berichten. Sie sind keine Mitarbeiter/-innen der UNO und unabhängig von jeder Regierung oder Organisation. Sie dienen in ihrer individuellen Eigenschaft und erhalten für ihre Arbeit kein Gehalt.

Imke Vonalt

Theko Menschenrechte und Indigene Völker

RUSSISCHE FÖDERATION

URGENT ACTION

SCHAMANE AUS PSYCHIATRISCHER HAFT FREI

ALEKSANDR GABYSHEV

Der sibirische Schamane Aleksandr Gabyshev wurde am 22. Juli aus der psychiatrischen Haft entlassen, nachdem er am 21. Juli einer psychologischen und psychiatrischen Untersuchung unterzogen worden war. Aleksandr Gabyshev wurde wegen seiner offenen Kritik an den Behörden ins Visier genommen und verbrachte mehr als zwei Monate in willkürlichem Freiheitsentzug.

Am 22. Juli wurde der sibirische Schamane Aleksandr Gabyshev aus der neuropsychologischen Betreuungsstelle von Jakutsk freigelassen, wo er zwei Monate zuvor, am 12. Mai, gegen seinen Willen eingewiesen worden war. Sein Verteidigungsteam konnte erwirken, dass er am 21. Juli eine psychologische und psychiatrische Untersuchung erhielt. Danach entschied das medizinische Komitee der neuropsychologischen Betreuungsstelle, ihn aus der Klinik zu entlassen.

Aleksandr Gabyshev wurde wegen seiner offenen Kritik an den Behörden zur Zielscheibe. Er brach 2019 zu einem Fußmarsch von Jakutsk nach Moskau auf, wo er eigenen Aussagen zufolge den Kreml von Wladimir Putin säubern wollte. Seine Reise wurde im September 2019 rechtswidrig von der Polizei abgebrochen und er musste nach Jakutsk zurückkehren.

Am 12. Mai 2020 drangen Bereitschaftspolizeikräfte und mehrere Sanitäter_innen mit Gewalt in die Wohnung von Aleksandr Gabyshev ein und brachten ihn in die neuropsychologische Betreuungsstelle von Jakutsk, weil er angeblich einen COVID-19-Test verweigert hatte. Seinem Rechtsbeistand zufolge wurde Aleksandr Gabyshev gezwungen, eine Einwilligung für einezweiwöchige Einweisung zu Beobachtungszwecken zu unterschreiben. Der COVID-19-Test fiel negativ aus und am 29. Mai verlangte Aleksandr Gabyshev seine Entlassung. Eine eilig einberufene Ärztekommision stellte allerdings fest, dass der Schamane eine „Gefahr für sich und andere“ darstelle. Der Leiter der Betreuungsstelle beantragte beim Stadtgericht von Jakutsk eine Genehmigung für die Verlängerung der Verwahrung von Aleksandr Gabyshev und argumentierte, dass der Patient an einer „Überbewertung der eigenen Persönlichkeit“ leide und die Absicht geäußert habe, der „Regierung Schaden zu wollen“. Am 2. Juni 2020 bestätigte das Gericht die Zwangsunterbringung von Aleksandr Gabyshev in einem psychiatrischen Krankenhaus, sodass er dort unbefristet festgehalten werden konnte.

Die Zwangsunterbringung von Aleksandr Gabyshev in einem psychiatrischen Krankenhaus ist ein klarer Fall des Missbrauchs der Psychiatrie zum Zwecke der Bestrafung und stellt eine Verletzung des Rechts auf Freiheit und des Rechts auf freie Meinungsäußerung dar. Amnesty International begrüßt die Freilassung von Aleksandr Gabyshev aus der unbefristeten psychiatrischen Haft. Es ist anzunehmen, dass seine Freilassung ein direktes Resultat des internationalen Drucks und der damit verbundenen Reichweite des Falls ist.

Zurzeit sind keine weiteren Aktionen des Eilaktionsnetzes erforderlich. Vielen Dank allen, die Appelle geschrieben haben.

UA-094/2020-1 – AI-Index: EUR 46/3227/2020 – 15. Oktober 2020 – nr

Weitere Informationen zu UA-094/20 (EUR 46/2491/2020, 8. Juni 2020)

IN EIGENER SACHE

UNSER NEUER GRUPPENFLYER IST DA!

Wer mehr über die Arbeit unserer Gruppe und zum Thema Menschenrechte und indigene Völker wissen möchte, kann unseren neuen 6-seitigen Flyer anfordern. In kurzer Form gibt es Informationen zur Arbeitsweise der Gruppe, zur Definition und Situation indigener Völker sowie zum internationalen Menschenrechtsschutz.

Der Flyer kann kostenlos bestellt werden bei Barbara Hermanns, Theko Menschenrechte und indigene Völker:

barbara.hermanns@hamburg.de



ARKTIS/SIBIRIEN

TESLA: KEINE ZUSAMMENARBEIT MIT DEM UNTERNEHMEN NORNICHEL!

Das US-amerikanische Unternehmen Tesla hat sich der Nachhaltigkeit verschrieben. Nachhaltigkeit im Prozess des Abbaus diverser Rohstoffe kommt konsequenterweise auch jenen Menschen zugute, die in diesen Gegenden leben und auf den Einklang mit ihrer Umwelt angewiesen sind – nicht zuletzt und vor allem indigene Völker.

Nun jedoch gab es die Information, dass Tesla eine Kooperation mit Nornickel plane; einem Unternehmen, das bekannt ist für seine Menschenrechtsverletzungen und für seine Ignoranz gegenüber dem Naturschutz. So leiden etwa die diversen indigenen Völker der Arktis, wie z. B. Sami oder Nenets, unter den langfristigen Folgen des Nickel-Abbaus Nornickels. Sie bemerken nicht nur Auswirkungen auf u. a. ihre Fischerei, sondern auch auf ihr gesundheitliches Befinden. Auch in diesem Jahr, 2020, gehen verschiedene „Unfälle“ mit dramatischen umweltlichen Folgen auf das Unternehmen zurück. Im Mai etwa verursachte ein Fehler in einem arktischen Kraftwerk, dass über 21.000 Tonnen Diesel in die umliegenden Gewässer gelangten. Messzentren in Norwegen sowie in Russland verzeichneten vielfach Überschreitungen der Höchstwerte von Sulfatoxid in der Luft, welche unweigerliche Konsequenzen auf Natur und Mensch hat. Auch im Juni dieses Jahres wurden etwa 6.000 m³ Land in der Tundra beschädigt und verseucht, nachdem ein Nornickel-Kraftwerk Abwasser in die Umwelt hat abfließen lassen.

Und dies sind nur Auszüge aus dem ignoranten und rein profitorientierten Geschäftsgebaren Nornickels.

So fordern zahlreiche Vertretungen indigener Völker vor allem in Russland und Norwegen, aber auch NGOs, darunter Amnesty International, die Beendigung der Zusammenarbeit von Tesla mit Nornickel.

Den offenen Brief im Originaltext auf Englisch finden Sie hier:

https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSd16NnCsbYmgSb-cX0xT_8rfhgVXCnkK0zYsa8w33UXhybFGg/viewform?gxids=7628

Alexandra Obermüller

Theko Menschenrechte und indigene Völker

KANADA

„NO MORE STOLEN SISTERS“

Zum Tag der Erinnerung und Ehrung der vielen vermissten und ermordeten indigenen Frauen und Mädchen am 4. Oktober 2020 fanden in Kanada wie in jedem Jahr an verschiedenen Orten Mahnwachen, virtuelle Begegnungen und andere Aktionen statt – diese allerdings wegen Covid-19 in eingeschränkter Zahl.

Vertreter/-innen von Amnesty International Kanada nahmen diesen Tag zum Anlass, die kanadische Regierung erneut aufzufordern, ihren im Juni 2019 – anlässlich der Veröffentlichung des Abschlussberichtes „Reclaiming Power and Place“ – eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen und einen nationalen Aktionsplan zur Prävention und Bekämpfung der Gewalt gegenüber indigenen Frauen und Mädchen zu entwickeln. Nach wie vor sind der Zeitplan, das Verfahren und die Finanzierung dafür unbekannt.¹ Auch gibt es bisher keine offizielle Reaktion auf den Bericht.

Das „*UN Committee on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women*“ (CEDAW) spricht davon, dass das Versäumnis, eine umfassende und koordinierte Antwort auf die Gewalt gegenüber indigenen Frauen, Mädchen und diverse geschlechtlichen Menschen zu geben, eine schwere Menschenrechtsverletzung darstellt.²

Bereits 2004 hatte Amnesty International die Gewalt gegenüber indigenen Frauen und Mädchen in dem Bericht „Stolen Sisters“ systematisch aufgearbeitet und ihn 2009 aktualisiert. Die Regierung hatte es jahrzehntelang versäumt, diese nationale Tragödie anzuerkennen und anzugehen. Seit langem forderten indigene Frauenorganisationen, Aktivist/-innen, Gewaltüberlebende sowie Familienangehörige der Vermissten und Ermordeten zusammen mit Amnesty International von der kanadischen Regierung eine nationale Untersuchung zur Beendigung der Gewalt. 2012 räumte auch die kanadische Bundespolizei RCMP (Royal Canadian Mountain Police) ein, dass überproportional viele indigene Frauen und Mädchen Opfer von Gewalt sind.³

Nachdem sich der kanadische Premierminister Justin Trudeau im Dezember 2015 dafür ausgesprochen hatte, eine „Nation to Nation“ Beziehung mit den indigenen Völkern Kanadas zu verfolgen, die auf Anerkennung, Rechten, Respekt, Zusammenarbeit und Partnerschaft beruht⁴, bekannte sich die kanadische Regierung 2016 uneingeschränkt zur „*UN-Declaration on the Rights of Indigenous Peoples*“ (UNDRIP).⁵ Im gleichen Jahr begann eine seit langem geforderte nationale Untersuchung zum Schicksal vermisster und ermordeter indigener Frauen und Mädchen, die bereits 2015 von der kanadischen Regierung ins

¹ Amnesty International Kanada, „Honour Stolen Sisters on October 4th“, 28. September 2020, <https://www.amnesty.ca/blog/honour-stolen-sisters-october-4th>

² Amnesty International Kanada, „Canada: National Action Plan to end violence against First Nations, Métis, and Inuit women, girls, and two-spirit persons needed now“, August 28, 2020, <https://www.amnesty.ca/get-involved/take-action-now/canada-national-action-plan-end-violence-against-first-nations-m%C3%A9tis-and>

³ Gerd Braune, „Indigene Völker in Kanada“, Der schwere Weg zur Verständigung, Ch. Links Verlag, September 2020, S. 114

⁴ Marcia Nickerson, „Characteristics of a Nation-to-Nation Relationship“, Submitted to the Institute on Governance, Discussion Paper, February 2017, S.4, IOG-Nation-to-Nation-Discussion-Paper-2017-02.pdf

⁵ Vorausgegangen war ihre Billigung im Jahr 2010 – nachdem Kanada 2007 ursprünglich zusammen mit vier weiteren Staaten gegen die Deklaration gestimmt hatte.

Leben gerufen worden war. Während der 16. Sitzung des permanenten Forums für Indigene Angelegenheiten der Vereinten Nationen sagte die Ministerin für „Indigenous and Northern Affairs“, Carolyn Bennett, 2017: „Wir haben eine historische, nationale Untersuchung über vermisste und ermordete indigene Frauen und Mädchen eingeleitet, die sich mit den tieferen Ursachen, einschließlich Rassismus und Sexismus in der Polizeiarbeit befassen wird.“⁶

Am 3. Juni 2019 war es soweit. Die nationale Untersuchungskommission veröffentlichte ihren 1200 Seiten starken Abschlussbericht „Reclaiming Power and Place“, der von Premierminister Justin Trudeau entgegengenommen wurde. Er räumte ein, „dass Kanadas Justiz bei der Behandlung der Todes- und Vermisstenfälle versagt habe“⁷ und versprach, die Forderungen der Kommission umzusetzen. Die Regierung in Ottawa verpflichtete sich, gemeinsam mit indigenen Frauen und Mädchen, diverse geschlechtlichen Menschen, Vertreter/innen indigener Gemeinden, Familienmitgliedern und Anwält/-innen bis Juni 2020 einen nationalen Aktionsplan zur Prävention und Bekämpfung der Gewalt zu entwickeln – so wie er im Abschlussbericht gefordert worden war.

Amnesty International begrüßte die Annahme des Berichtes als eine Voraussetzung für umfassende Maßnahmen und verwies dabei besonders auf Forderungen, die sich auf Gewalttaten gegenüber indigenen Frauen und Mädchen in Verbindung mit Projekten der Energiegewinnung und in „workcamps“ der Industrie bezogen.⁸

In ihrer Vorlage zur 76. Sitzung der vorbereitenden Arbeitsgruppe des „Ausschusses der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Diskriminierung von Frauen“ (CEDAW) im November 2019 befasst sich Amnesty International ausführlich mit der Gewalt gegenüber indigenen Frauen, Mädchen und diverse geschlechtlichen Menschen und empfiehlt Kanada u. a.:

- o mit indigenen Regierungsvertreter/-innen und Anwält/-innen der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, um eine substanzielle Gleichberechtigung beim Zugang zu allen staatlichen Diensten und Programmen zu gewährleisten, z. B. in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung. Ferner gehört dazu die Gewährleistung von kulturell relevanten Programmen zur Gewaltprävention, die die Sicherheit indigener Frauen, Mädchen und diverse geschlechtlicher Menschen und Überlebender effektiv unterstützen.
- o die Einrichtung einer nationalen „Task Force“ zur Überprüfung und Wiederaufnahme von Fällen vermisster und ermordeter indigener Frauen, Mädchen und diverse geschlechtlicher Menschen, die nicht ordnungsgemäß untersucht wurden.
- o die Sicherstellung, dass alle Anschuldigungen wegen polizeilichen Machtmissbrauchs, einschließlich Gewalt und sexueller Übergriffe, von unabhängigen, zivilen Beschwerdemechanismen bearbeitet werden und den Opfern ausreichend Unterstützung, Schutz und Rechtsmittel zur Verfügung stehen.⁹

⁶ Carolyn Bennett, Ministerin für „Indigenous and Northern Affairs at the United Nations Permanent Forum on Indigenous Issues 16th Session“, New York 25.4.2017, Das Ministerium heißt heute: „Crown-Indigenous Relations“, https://www.canada.ca/en/indigenous-northern-affairs/news/2017/05/speaking_notes_forthehonourablecarolynbennettministerofindigenou.html

⁷ Gerd Braune, „Indigene Völker in Kanada“, Der schwere Weg zur Verständigung, Ch. Links Verlag, September 2020, S. 116

⁸ Amnesty International Canada, „Beyond the National Inquiry: The need for concrete action to end violence against Indigenous women, girls, and two-spirit people in Canada“, 21. Juni 2019; <https://www.amnesty.ca/blog/beyond-national-inquiry-need-concrete-action-end-violence-against-indigenous-women-girls-and>

⁹ Canada, Submission to United Nations committee on the Elimination of Discrimination against Women, 2019. S. 5, <https://www.amnesty.org/download/Documents/AMR2011142019ENGLISH.pdf>

Vor dem Hintergrund wachsender Gewalt gegenüber indigenen Frauen im Zuge der Covid 19- Pandemie appellierten Vertreter/-innen der „*Native Women’s Association of Canada*“ in einer Presseerklärung¹⁰ am 11. Mai 2020 an die Regierung, endlich wie 2019 versprochen, einen Aktionsplan zu präsentieren.

In seiner Thronrede¹¹ versprach Premierminister Justin Trudeau zwar am 23. September, die Umsetzung eines nationalen Aktionsplans einschließlich der 231 Aufrufe zur Gerechtigkeit zu beschleunigen, allerdings ohne konkret auf einen Zeitplan und ein Verfahren einzugehen, an dem indigene Frauen, Mädchen und diverse geschlechtliche Menschen beteiligt sind.¹²

Der Abschlussbericht enthält die traurigen Berichte von mehr als 2.380 Familienmitgliedern, Überlebenden, Expert/-innen und Wissensträger/-innen, die über einen Zeitraum von 2 Jahren hinweg in öffentlichen Anhörungen und bei der Sammlung von Beweisen ausgetauscht wurden. Der Bericht gipfelt in 231 Aufrufen zur Gerechtigkeit, die darauf abzielen, das erschütternde Ausmaß an Gewalt, das indigene Frauen und Mädchen sowie diverse geschlechtliche Menschen in Kanada erfahren haben, zu beenden. Die Appelle richten sich an Regierungen des Bundes, der Provinzen, Territorien und Kommunen, Institutionen, Anbieter/-innen sozialer Dienste, Unternehmen und alle Kanadier/-innen und dienen als Wegweiser zur Transformation systemischer und gesellschaftlicher Werte, die zur Aufrechterhaltung kolonialer Gewalt beigetragen haben.¹³ Die Untersuchungskommission kam zu dem Schluss, dass für indigene Frauen und Mädchen die Gefahr, Opfer von Gewalttaten zu werden, „zwölfmal größer ist als bei jeder anderen Bevölkerungsgruppe und 16-mal höher als bei weißen Frauen“¹⁴ und spricht von Völkermord.¹⁵ Die Überwindung dieses Völkermordes erfordert – so die Verfasser/-innen des Berichts – eine Auseinandersetzung mit dem historischen, generationsübergreifenden Trauma, der sozialen und wirtschaftlichen Marginalisierung, der Aufrechterhaltung des Status quo und einem eklatanten institutionellen Mangel an moralischem und politischem Willen sowie einer Ignoranz gegenüber dem Fachwissen und der Handlungsfähigkeit indigener Frauen, Mädchen und diverse geschlechtlicher Menschen.¹⁶

Expert/-innen und Wissensbewahrer/-innen sprechen von einer spezifischen kolonialen und patriarchalischen Politik, die Frauen aus ihren traditionellen Rollen in den Gemeinschaften verdrängte, ihren Status in der Gesellschaft minderte und sie damit bis in die Gegenwart anfällig für Gewalt und diskriminierendes Verhalten ihnen gegenüber macht, oder wie es die Gelehrte der Kwagiulth (Kwakwaka’wakw) First Nation, Sarah Hunt formulierte: „(...) physische und sexuelle Gewalt gegen uns wird nach wie vor als normal akzeptiert“.¹⁷

¹⁰ Native Women’s Association of Canada, NWAC, <http://www.firstnationsdrum.com/2020/05/nwac-president-says-covid-19-is-increasing-violence-against-indigenous-women-says-government-must-release-an-action-plan/>

¹¹ Die Thronrede, die von Julie Payette, der Vertreterin von Königin Elizabeth II. in Ottawa, verlesen wurde, bildet die Grundlage für ein neues Regierungsprogramm. Mit ihr wurde die neue Session des Parlaments eröffnet.

¹² Amnesty International Kanada, „Throne Speech lacks transformative human rights vision“, 24. September, <https://www.amnesty.ca/news/throne-speech-lacks-transformative-human-rights-vision>

¹³ The Final Report of the National Inquiry into Missing and Murdered Indigenous Women and Girls, „Reclaiming Power and Place“, 2019, <http://www.mmiwg-ffada.ca/final-report/>

¹⁴ Gerd Braune, „Indigene Völker in Kanada“, Der schwere Weg zur Verständigung, Ch. Links Verlag, September 2020, S. 115

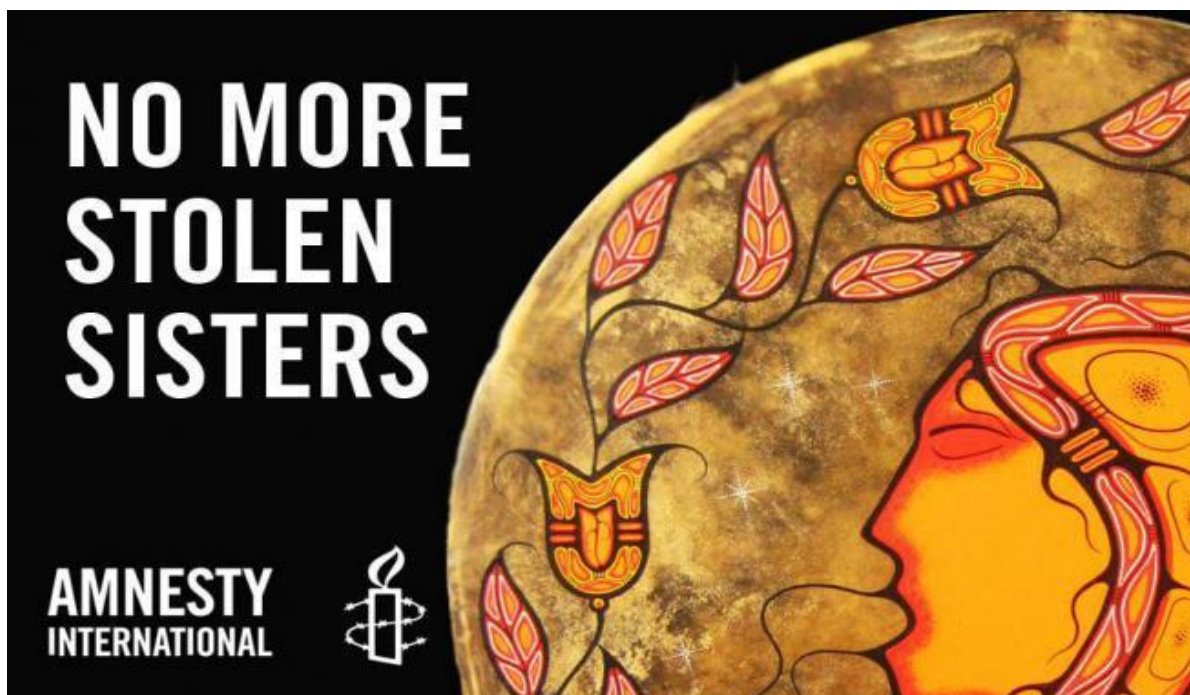
¹⁵ The Final Report of the National Inquiry into Missing and Murdered Indigenous Women and Girls, „Reclaiming Power and Place“, 2019, S. 50 ff., <http://www.mmiwg-ffada.ca/final-report/>

¹⁶ Vgl. ebd. S. 112–116

¹⁷ Vgl. ebd. S. 230

So diente der 1876 von der kanadischen Regierung beschlossene „Indian Act“¹⁸ einer Assimilationspolitik an europäische Werte. Die Beziehungen der indigenen Völker zu ihrer Kultur und Identität sowie ihr familiärer Zusammenhalt wurden dadurch systematisch unterbunden. Neben verschiedenen Kontrollmechanismen bzw. Regeln z. B. zum Verlassen der Reservation bzw. „reserves“, enthielt der „Indian Act“ viele Verbote, die u. a. das Wahlrecht betrafen, die traditionelle Lebensweise, spirituelle Zeremonien ebenso wie Vorschriften, die eine systematische Diskriminierung der Frauen bedeuteten. Zwischen 1958 und 1968 verloren mehr als 100.000 indigene Frauen und Mädchen ihren Status als Indigene, wenn sie einen nicht-indigenen Mann heirateten. Für indigene Männer galt diese Regelung in umgekehrter Form nicht. Die Frauen mussten die Reservation verlassen und verloren dadurch auch alle Vorteile eines Lebens in der Gemeinschaft.¹⁹

Die Regierungen haben eine grundlegende Verantwortung, jede angemessene Anstrengung zu unternehmen, um Gewalt gegen Frauen zu stoppen. (...) Die Erfassung und Veröffentlichung genauer Informationen über das Ausmaß und die Muster der Gewalt, denen gefährdete Bevölkerungsgruppen ausgesetzt sind, ist eine der grundlegendsten möglichen Präventivmaßnahmen. Die Tatsache, dass dies noch nie zuvor in Kanada geschehen ist, impliziert eine gefühllose Missachtung des Lebens indigener Frauen und Mädchen und eine Verletzung ihrer fundamentalen Menschenrechte – so Béatrice Vaugrante, Generalsekretärin der französischsprachigen Zweigstelle von Amnesty International Kanada.



Emblem der Kampagne „No more stolen sisters“ © Amnesty International Kanada

¹⁸ Als „Indian Act“ wird ein kanadisches Gesetz bezeichnet, durch das auch heute noch – wenn auch in veränderter Form - viele Aspekte des täglichen Lebens in indigenen Gemeinschaften geregelt sind. Dazu gehören u. a. die Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft, die Anerkennung ihres Status als Indigene, die Nutzung des Landes und der Ressourcen, die Festlegung der Besitzverhältnisse, Regierungsformen, die Beziehung zur kanadischen Regierung. In der kolonialen Vergangenheit ging es der kanadischen Regierung darum, sich das Land durch Verträge mit einzelnen indigenen Gemeinschaften zu sichern.

(Lynda Gray, „First Nations 101“, Adaawx Publishing, 2011). Inzwischen kämpfen in Kanada viele indigene Gemeinschaften für ihr Recht auf Selbstbestimmung ihrer Regierungsformen und Verwaltung.

¹⁹ Bob Joseph, „21 Things You May Not Know About The Indian Act“, Indigenous Relations Press 2018, S. 21 f.

Schreiben sie eine E-Mail oder einen Brief an die kanadische Ministerin für „Crown-Indigenous Relations“, Carolyn Bennett. Fordern Sie sie möglichst in englischer Sprache auf, unverzüglich einen nationalen Aktionsplan zu erstellen, um die Gewalt gegenüber First Nations-, Métis- und Inuit-Frauen, -Mädchen und diverse geschlechtliche Menschen jetzt zu beenden!

- Beginnen Sie den Brief mit "Sehr geehrte Frau Ministerin Bennett" und einem Satz über sich selbst, um Ihre Botschaft persönlich zu gestalten.
- Äußern Sie Ihre Sorge über das Ausmaß an Gewalt, dem Inuit-, Métis- und First Nations-Frauen und -Mädchen sowie diverse geschlechtliche Menschen in Kanada ausgesetzt sind, und Ihre Befürchtung, dass der Abschlussbericht der Nationalen Untersuchungskommission eine Studie sein könnte, die im Sande verläuft.
- Fordern Sie die Ministerin auf, dafür zu sorgen, dass die Regierung unverzüglich gegen das Ausmaß und die Schwere der Gewalt vorgeht, der indigene Frauen, Mädchen und diverse geschlechtliche Menschen ausgesetzt sind.
- Fordern Sie von Ministerin Bennett insbesondere:
 - unverzüglich eine offizielle und umfassende Stellungnahme zum Abschlussbericht der Untersuchung abzugeben,
 - öffentlich einen Zeitplan, ein Verfahren und die Finanzierung zur Erstellung und Umsetzung eines nationalen Aktionsplans zur Prävention und Bekämpfung der Gewalt bekanntzugeben,
 - sicherzustellen, dass die Implementierung der Aufrufe zur Gerechtigkeit ein uneingeschränktes und angemessenes Engagement und die gemeinsame Erarbeitung von Lösungen mit First Nations-, Inuit- und Métis-Frauen und -Mädchen sowie diverse geschlechtliche Menschen einschließt.

Please send an e-mail or letter to Minister Bennett:²⁰

- Start with 'Dear Minister Bennett' and a sentence about yourself to make your message unique.
- Express concern about the levels of violence experienced by Inuit, Métis, and First Nations women, girls, and two-spirit people in Canada, and fear that the National Inquiry's Final Report will be yet another study allowed to gather dust on the shelves of government.
- Call on Minister Bennett to ensure government addresses the scale and severity of the violence experienced by Indigenous women, girls, and two-spirit people without delay.
- Specifically, call on Minister Bennett to:
 - Provide an official and comprehensive government response to the Inquiry's final report without delay;
 - Publicly announce a timeline, process, and funding to create and implement a National Action Plan to prevent and address the violence; and

²⁰ Amnesty International Kanada, „Honour Stolen Sisters on October 4th“
<https://www.amnesty.ca/blog/honour-stolen-sisters-october-4th>

- Ensure that implementation of the Inquiry’s Calls for Justice includes full and proper engagement, and co-creation of solutions, with First Nations, Inuit, and Métis women, girls, and two-spirit persons.

Write to:

The Honourable Carolyn Bennett
 Minister of Crown-Indigenous Relations and Northern Affairs
 10 rue Wellington
 Gatineau, QC K1A 0H4
 e-mail: aadnc.infopubs.aandc@canada.ca

„DEMAND CLIMATE ACTION THAT RESPECTS HUMAN RIGHTS“¹



„Stop delaying, action on climate change“ – Foto: © Eloisa Lopez/Amnesty International

¹ Amnesty International Kanada, Human Rights Updates, <https://www.amnesty.ca>
<https://www.amnesty.ca/blog/climate-strike-update>

Kanada ist verpflichtet, seine aktualisierten Klimaziele für 2030 bis Ende dieses Jahres vorzulegen. Bitte beteiligen Sie sich an der **e-petition** der kanadischen Sektion von Amnesty International an den kanadischen Minister für Umwelt und Klimawandel und fordern Sie einen starken Klimaschutz, der die Menschenrechte achtet.

Drängen Sie mit uns Kanada dazu:

- sich ehrgeizige Klimaziele für 2030 und 2050 zu setzen,
- indigene Völker, ihre Rechte und ihr Wissen bei der Entwicklung der Klimapolitik in den Mittelpunkt zu stellen,
- eine sinnvolle Beteiligung der von der Klimakrise am stärksten betroffenen Menschen zu ermöglichen,
- einen gerechten Übergang zu gewährleisten, der niemanden zurücklässt,
- Klima- und Umweltverteidiger/-innen zu schützen,
- Gemeinschaften, die vom Klimawandel besonders betroffen sind, bei der Bewältigung der Auswirkungen zu helfen,
- sicherzustellen, dass die durch den Klimawandel geschädigten Menschen ein Recht auf Hilfsmaßnahmen haben,
- eine Klimafinanzierung für den globalen Süden zur Verfügung zu stellen,
- die Industrie zu regulieren, um Emissionen zu reduzieren,
- Subventionen für fossile Brennstoffe aufzugeben.

Bitte unterschreiben Sie unsere Petition / Sign petition now.

Marianne Kersten

Theko Menschenrechte und indigene Völker

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

1-800-AMNESTY (1-800-266-3789)

www.amnesty.ca

The Honourable Jonathan Wilkinson
Minister of Environment and Climate Change
Fontaine Building, 12th floor
200 Sacré-Coeur Blvd
Gatineau, Quebec K1A 0H3

September 21, 2020

Dear Minister,

While the health and economic crises provoked by the COVID-19 pandemic have swept around the world with devastating impact, attention to the global climate crisis has waned. At a time when delays can be catastrophic, the 26th United Nations Climate Change Conference has been postponed. But the climate crisis itself has not been put on hold. Your government has recently expressed an intention to launch an “ambitious green agenda” to guide Canada’s economic recovery from the pandemic. We very much appreciated the opportunity to meet with your Chief of Staff Marlo Reynolds last week, and we now await further indications of the government’s plans in this week’s Throne Speech.

What is needed is a national plan to significantly reduce our emissions and phase out the production and consumption of fossil fuels, while ensuring that no one is left behind and that sufficient climate financing is available to countries in the Global South. It is vital that Canada centre Indigenous Peoples, their rights, responsibilities and knowledges in the development of climate policy. In short we are looking to the government to:

- put people and climate at the centre of COVID-19 economic recovery plans, ensuring that these plans contribute to redressing systemic injustices and inequality, such as those based on gender, ethnic origin or other protected characteristics;
- adopt a national plan that provides for ambitious emissions reductions compliant with human rights standards;
- adopt “just transition” plans, ensuring that all those who might lose their job due to the transition are able to secure alternative livelihoods that provide for sustainable and decent work; and to ensure that reliable, sustainable and affordable energy is available to everyone, including people living in poverty, women, Indigenous communities, and those most affected by the lack of adequate and affordable energy;
- regulate businesses to reduce emissions and ensure respect for human rights throughout their global operations;
- rapidly phase-out fossil fuel production and consumption, beginning with the elimination of fossil fuel subsidies and the most carbon-intensive fossil fuels;
- adopt adaptation measures to help people to adapt to the inevitable impacts of climate change in line with human rights standards;
- ensure sufficient climate finance is provided to countries in the Global South to assist them in reducing emissions, protecting those at risk, and providing remedy for impacted people;
- protect the right to protest and those who defend human rights;

- ensure the right to remedy for those whose rights are affected by climate change or climate-related policies or measures; and
- support global and national recognition of the right to a safe, clean, healthy and sustainable environment.

We have provided further elaboration and background to these recommendations in the briefing that we have attached as an Annex to this letter.

In conclusion, Minister, let us again emphasize that transitioning away from a carbon economy as quickly as possible is a vital human rights imperative. It is crucially important that such a move is fair for everybody and contributes to enhancing human rights for all. We hope that you will take on board Amnesty's recommendations. We would welcome an opportunity to meet with you or your officials to pursue further discussion.

Sincerely,

Alex Neve
 Secretary General
 Amnesty International Canada
 (English branch)

France-Isabelle Langlois
 Directrice générale
 Amnistie internationale Canada francophone

National Office:
 312 Laurier Avenue East, Ottawa, ON K1N 1H9
 Tel: (613) 744-7667 Fax: (613) 746-2411
 info@amnesty.ca

Toronto Office:
 1992 Yonge Street, 3rd floor, Toronto ON M4S 1Z7
 Tel: (416) 363-9933 Fax: (416) 363-3103
 toronto@amnesty.ca

Vancouver Office:
 Suite 430, 319 West Pender, Vancouver, BC V6B 1T3
 Tel: (604) 294-5160 Fax: (604) 294-5130
 vancouver@amnesty.ca

MEXIKO

URGENT ACTION

FRAUENHÄUSER WERDEN WEITER GEFÖRDERT

FRAUENHÄUSER FÜR INDIGENE UND AFRO-MEXIKANISCHE FRAUEN (CAMI)

Um der Coronakrise zu begegnen, hat die mexikanische Regierung am 23. April die Finanzierung verschiedener Programme eingestellt, darunter die der Frauenhäuser für indigene und afro-mexikanische Frauen CAMI. Die Regierung hatte sich nicht dazu geäußert, ob diese Kürzungen auch andere Programme zum Schutz von Frauen vor Gewalt betreffen könnten. Am 14. Juli 2020 gab das Innenministerium öffentlich bekannt, dass sich die Sparmaßnahmen nicht auf das Budget der Programme auswirken würden, die sich für Frauenrechte und gegen Gewalt an Frauen einsetzen.

Am 23. April kündigte der Präsident Kürzungen des Bundeshaushalts 2020 an, um die sozio-ökonomischen Folgen von Covid-19 aufzufangen. Von diesen Kürzungen waren mehrere Sozialprogramme betroffen, darunter auch solche, die sich gegen geschlechtsspezifische Gewalt im Land richten.

Die Finanzierung des Programms zur Stärkung der indigenen Völker, über das auch die Frauenhäuser für indigene und afro-mexikanische Frauen (CAMI) finanziert werden, wurde vorübergehend eingestellt. Durch diese Kürzungen hat fast ein Drittel der Häuser die umfassende Versorgung einstellen müssen, die sie bis Mai 2020 zur Verfügung stellten. Dies untergräbt die Rechte der indigenen und afro-mexikanischen Frauen auf ein Leben ohne Gewalt und den Zugang zur Justiz.

Seit ihrer Ankündigung im April ließ die Regierung offen, ob und wie diese Kürzungen auch andere Programme zum Schutz von Frauen vor Gewalt und zur Förderung von Frauenrechten betreffen könnten.

Am 14. Juli 2020 gab das Innenministerium nun öffentlich bekannt, dass sich die Sparmaßnahmen doch nicht auf das Budget auswirken würden, das den verschiedenen dezentralen Stellen ursprünglich zugewiesen worden war, die sich mit Frauenrechten und Gewalt gegen Frauen befassen. Deswegen besteht momentan kein weiterer Handlungsbedarf.

Obwohl wir noch keine formelle Antwort auf die Urgent Action und den Offenen Brief von Amnesty International erhalten haben, deutet die Ankündigung des Innenministeriums darauf hin, dass unser Ziel erreicht wurde. Wir werden weiterhin beobachten, ob die Einrichtungen, die sich für Frauenrechte einsetzen, auch tatsächlich die vorgesehene Förderung erhalten, um ihre wichtige Arbeit fortsetzen zu können.

Weitere Aktionen des Eilaktionsnetzes sind nicht erforderlich. Vielen Dank allen, die sich an dieser Urgent Action beteiligt haben.

UA-111/2020-1 – AI-Index: AMR 41/2752/2020 – 24. Juli 2020 – sd

Weitere Informationen zu UA-111/2020 (AMR 41/2625/2020, 29. Juni 2020)

PETITION FÜR GERECHTIGKEIT AN DEN INDIGENEN MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER JULIÁN CARRILLO

Julián Carrillo war Kopf der indigenen Gemeinde Rarámuri Coloradas de la Virgen und engagierte sich aktiv gegen Abholzung und Bergbau sowie den Drogenanbau in seiner Heimatregion. In seinem Engagement wurde er von der Organisation Alianza Sierra Madre A.C. (ASMAC) unterstützt. Doch sowohl er selbst als auch seine Familie, die Gemeinde und die ASMAC wurden Opfer diverser Schikulierungen und Bedrohungen. In den Jahren 2015–2018 wurden fünf von Carrillos Familienangehörigen getötet, ohne dass diese Verbrechen weitergehend geahndet und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen wurden. Im Dezember 2016 wurde Carrillos Haus niedergebrannt. Die gemäß des staatlichen Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidiger/-innen erhaltenen Schutzmaßnahmen waren nicht angemessen und adressierten weder die Gewalt noch deren Verursacher.

Nachdem sich Carrillo erneut stark bedroht fühlte, verließ er am 23.10.2018 seine Gemeinde und hielt sich in den Bergen auf. Am 24.10. wurden dort Schüsse vernommen. Wenige Stunden später wurde Julián Carrillo erschossen aufgefunden.

Amnesty International erstellte eine Petition¹ und forderte, dass der Mord an Julián Carrillo sowie anderen indigenen Menschenrechtsaktivist/-innen untersucht und entsprechend geahndet würde. Daneben forderte die Petition die mexikanische Regierung dazu auf, seine Schutzmaßnahmen für Aktivist/-innen und Journalist/-innen und für die Gemeinde Rarámuri Coloradas de la Virgen auszuweiten sowie das Escazú-Abkommen zu ratifizieren, welches präzise Bestimmungen zum Schutz von Umwelt- und Menschenrechtsaktivist/-innen enthält und das Recht auf Information, Partizipation und Gerechtigkeit in Umweltfragen betont.

Tatsächlich haben sich viele Menschen an dieser Unterschriftenaktion beteiligt, sodass am 4. November die Übergabe von 25.796 Unterschriften an die mexikanische Botschaft in Berlin erfolgte. Am 21. Oktober konnten über 61.000 Unterschriften im Rahmen eines durch Amnesty International organisierten Treffens an den Gouverneur Javier Corral und den Generalstaatsanwalt Augusto Peniche von Chihuahua übergeben werden.

Corral versprach, sich für die Erarbeitung eines Regierungsberichts zu sämtlichen Maßnahmen innerhalb der letzten zwei Jahre einzusetzen, der im Januar 2021 in einem Treffen an Amnesty International übergeben werden soll. Zudem hat Peniche angegeben, dass das Verfahren gegen die zwei mutmaßlichen Attentäter von Julián Carrillo im Januar 2021 stattfinden soll.

Wir danken allen Unterstützer/-innen, die diese Petition unterschrieben haben!

Die Stimmen von anderen Aktivist/-innen zu Julián Carrillo und seinem Engagement als auch über die Wichtigkeit des Einsatzes für indigene Menschenrechtler/-innen werden in diesem Video zusammengefasst: <https://www.youtube.com/watch?v=bQUw1LFbVn0>

Alexandra Obermüller
Theko Menschenrechte und Indigene Völker

¹ <https://www.amnesty.de/allgemein/kampagnen/mexiko-gerechtigkeit-fuer-julian-carrillo>

MUT BRAUCHT SCHUTZ: VIRTUELLE „PETITIONSÜBERGABE“ IM FALL JULIÁN CARRILLO

Ungewohnte Zeiten, ungewohnte Wege: Am 4. November 2020 haben wir zum ersten Mal eine Petition virtuell „übergeben“ – und zwar 25.796 Unterschriften an die mexikanische Botschaft für den Fall des 2018 getöteten Land- und Umweltrechtsverteidigers Julián Carrillo.

Julia Duchrow, Leiterin der Abteilung Politik und Activism bei Amnesty, und Maja Liebing, Fachreferentin für die Region Amerikas, forderten bei dem Gespräch mit Erasmo Lara Cabrera, Gesandter der mexikanischen Botschaft, und Víctor Manuel Jiménez Segovia, Leiter der Abteilung Zivilgesellschaft und Menschenrechte, das Verfahren gegen die beiden Verdächtigen zu Ende zu führen und den Mord umfassend aufzuklären.

Herzlichen Dank an alle Unterzeichner/-innen der Petition.

Die Unterschriften wurden danach natürlich auch noch physisch an die Botschaft geschickt.

GUATEMALA

BERNARDO CAAL XOL – BRIEF GEGEN DAS VERGESSEN



Bernardo Caal © Amnesty International

Bernardo Caal ist ein Lehrer, Gewerkschafter und Menschenrechtsverteidiger, der seit mehr als zwei Jahren aufgrund konstruierter Anklagen in Haft sitzt. Er hat sich für die Rechte der indigenen Mayan Q'eqchi im Departamento Alta Verapaz im Norden Guatemalas eingesetzt, die von Wasserkraftprojekten am Fluss Cahabón betroffen sind, der ihnen als heilig gilt.

Seit 2015 wehrt sich Bernardo Caal friedlich gegen die Wasserkraftwerke Oxec I und II. Die indigenen Gemeinschaften in Santa María Cahabón haben ihn und weitere Personen damit beauftragt, rechtlich gegen Unregelmäßigkeiten bei den Projekten vorzugehen. So wurde unter anderem das Recht der betroffenen Gemeinschaften auf freie, vorherige und informierte Konsultation verletzt.

Nach Verleumdungskampagnen in mehreren Medien, nahmen die Behörden Bernardo Caal am 30. Januar 2018 in Untersuchungshaft. Obwohl es keine Beweise gibt, um die Anschuldigungen gegen ihn zu erhärten, verurteilte ihn das Gericht in Cobán am 9. November 2018 zu sieben Jahren und vier Monaten Gefängnis wegen schweren Diebstahls und rechtswidriger Festsetzung von Personen. Am 30. November 2018 legten seine Rechtsbeistände Rechtsmittel ein, die noch immer anhängig sind. Bereits fünf Anhörungen wurden abgesagt. Amnesty International betrachtet Bernardo Caal als gewaltlosen politischen Gefangenen. Zudem besteht die Gefahr, dass er sich im Gefängnis mit dem Corona-Virus infiziert. Seine Familie darf ihn ebenfalls nicht mehr regelmäßig besuchen.

Bitte schreiben Sie höflich formulierte Briefe an die Generalstaatsanwältin von Guatemala und fordern Sie sie auf, die Gerichtsakte von Bernardo Caal intern prüfen zu lassen. Da kein belastendes Beweismaterial vorliegt, möge Sie dafür sorgen, dass er umgehend freigelassen wird und alle Anklagen gegen ihn fallengelassen werden. Zudem muss seine strafrechtliche Verfolgung unverzüglich umfassend und unparteiisch untersucht werden und die Verantwortlichen für die haltlosen Vorwürfe müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch an:

Attorney General

Maria Consuelo Porras

15 Avenida A 15-16

Ciudad. de Guatemala, GUATEMALA

Twitter: @MPguatemala

Facebook: @mpguatemala

E-Mail: carrecis@mp.gob.gt

Anrede: Dear Attorney General / Sehr geehrte Frau Generalstaatsanwältin

Senden Sie bitte Kopien Ihres Schreibens an:

Botschaft der Republik Guatemala

Frau Crista Pricila Villatoro Delgado, Geschäftsträgerin

Kaiserdamm 20, 14057 Berlin

Fax: 030 – 2064 3659

E-Mail: sekretariat@botschaft-guatemala.de

Hier finden Sie einen Briefvorschlag von Amnesty International:

Sehr geehrte Frau Generalstaatsanwältin,

Bernardo Caal sitzt seit mehr als zwei Jahren aufgrund konstruierter Anklagen in Haft. Er hat sich für die Rechte der indigenen Mayan Q'eqchi im Departamento Alta Verapaz im Norden Guatemalas eingesetzt, die von Wasserkraftprojekten am Fluss Cahabón betroffen sind, der ihnen als heilig gilt. Ich fordere Sie auf, die Gerichtsakte von Bernardo Caal intern prüfen zu lassen. Da kein belastendes Beweismaterial vorliegt, bitte ich Sie, dafür zu sorgen, dass er umgehend freigelassen wird und alle Anklagen gegen ihn fallengelassen werden. Zudem muss seine strafrechtliche Verfolgung unverzüglich umfassend und unparteiisch untersucht werden und die Verantwortlichen für die haltlosen Vorwürfe müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen

HONDURAS

URGENT ACTION

AKTIVISTEN BLEIBEN „VERSCHWUNDEN“

ALBERTH SNIDER CENTENO TOMAS

SUAMI APARICIO MEJÍA GARCÍA

GERARDO MIZAEEL ROCHEZ CÁLIX

MILTON JOEL MARTÍNEZ ÁLVAREZ

JUNIOR RAFAEL JUÁREZ MEJÍA

Am 18. Juli entführten Unbekannte in Polizeikleidung fünf Angehörige der afro-honduranischen Gemeinschaft der Garífuna aus ihren Häusern. Amnesty International fordert die Behörden dazu auf, den Verbleib der Aktivist_innen aufzuklären und eine unabhängige, wirksame und unparteiische Untersuchung einzuleiten. Die Verantwortlichen müssen vor Gericht gestellt werden.

Bei den Verschwundenen handelt es sich um Alberth Snider Centeno Tomas, den Vorstand der in der Organización Fraternal Negra Hondureña (Organisation der Schwarzen Brüderlichkeit in Honduras, OFRANEH) organisierten Garífuna-Gemeinde Triunfo de la Cruz, drei weitere Mitglieder der OFRANEH – Suami Aparicio Mejía García, Gerardo Mizael Rochez Cáliz und Milton Joel Martínez Álvarez – sowie eine fünfte Person, Junior Rafael Juárez Mejía. Der Sicherheitsminister ordnete eine Suchaktion an, aber die fünf Personen sind weiterhin „verschwunden“. Ihre Entführer sollen Westen der Untersuchungspolizei DPI getragen haben.

Trotz einer von der Nationalpolizei durchgeführten Suchaktion und einer von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Untersuchung ist ihr Verbleib nach wie vor unbekannt.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Die Garífuna-Gemeinden von Triunfo de la Cruz sind Teil der *Organización Fraternal Negra Hondureña* (Organisation der Schwarzen Brüderlichkeit in Honduras, OFRANEH), die sich für den Schutz der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Garífuna-Gemeinschaften einsetzt. Am 8. Oktober 2015 entschied der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte zugunsten der Garífuna-Gemeinde von Triunfo de la Cruz und sprach den honduranischen Staat schuldig, das Recht der Gemeinschaft auf kollektives Eigentum zu verletzen. Zuvor, am 28. April 2006, hatte die Interamerikanische Menschenrechtskommission der Gemeinde Triunfo de la Cruz Schutzmaßnahmen durch die Regierung von Honduras zugesprochen. Diese solle alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um das Recht der Gemeinde auf den Besitz von angestammtem Land zu schützen.

Seit dem Beginn einer strengen Ausgangssperre in Honduras im März 2020 aufgrund der COVID-19-Pandemie hat Amnesty International mehrere Berichte über massive Angriffe gegen Menschenrechtsverteidiger_innen erhalten, darunter auch gegen Mitglieder der OFRANEH. Nach Angaben der Organisation verhinderten Polizeibeamt_innen am 20. April eine Protestaktion in Oak Ridge auf der Insel Roatan, indem sie einem Boot aus Gründen der öffentlichen Gesundheit verboten, im örtlichen Hafen anzulegen. Am 6. Mai bedrohten Polizeiangehörige eine Gruppe junger Garífuna-Aktivist_innen, die die Gemeinde Travesía im Departement Cortés bewachten, und feuerten Tränengasgeschosse auf sie ab. Außerdem prangerte OFRANEH die Ermordung ihres Mitglieds Edwin Fernández am 20. Mai in der Gemeinde Río Tinto im Departement Atlántida an.

Auch die Indigenenorganisation *Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras* (COPINH) berichtet von neuen Angriffen auf ihre Mitglieder. Dazu zählt auch die Inhaftierung von José Trochez durch die Armee, als er humanitäre Arbeit leistete. COPINH berichtete zudem, dass am 15. Juni COPINH-Mitglieder Informationen erhielten, in denen sie vor einem bevorstehenden Angriff auf die Mitglieder und ihre Einrichtungen gewarnt wurden. Am 21. Juni tauchte eine Gruppe von etwa 60 Personen bei ihrer Einrichtung *Utopía* in La Esperanza im Departement Intibucá auf und drohte, das Gebäude zu übernehmen. Einen Tag später erhielten sie einen digitalen Flyer, in dem eine unbekannte Gruppierung drohte, *Utopía* niederzubrennen, nachdem COPINH diese Räumlichkeiten als Quarantäneort für inhaftierte Menschen, die mit COVID-19 infiziert sind, zur Verfügung stellen wollte.

Seit etwa vier Jahren verweist Amnesty International bei vielen Gelegenheiten auf die Bedrohung, Einschüchterung, Drangsalierung und Ermordung von Aktivist_innen in Honduras. Das Land ist weltweit eines der gefährlichsten für Menschenrechtsverteidiger_innen. Einer der bekanntesten Fälle ist der von Berta Cáceres, Leiterin und Mitbegründerin von COPINH, die am 2. März 2016 in ihrem Haus in dem Ort La Esperanza erschossen wurde. Diese Situation hat sich nicht verändert. Allein zwischen Juni und Juli 2020 wurden Scarleth Cambell (Scarleth Cáceres), ein Mitglied der Trans*Frauengruppe der *Asociación LGTB Arcoíris*, Marvin Damián Castro, Verteidiger des Gebiets der Gemeinde Pespire, Choluteca und Koordinator der Umweltorganisation *Movimiento Ambientalista Social del Sur por la Vida* (MASSVIDA), sowie Yonis David Castillo Lázaro aus der Gemeinde Guapinol getötet. Zuvor, am 2. April 2020, war Iris Argentina Álvarez bei der gewaltsamen Räumung einer Gemeinde getötet worden. Die Landrechtsverteidigerin war in der Vereinigung von Bäuer_innen *Cerro Escondido* im Süden von Honduras aktiv.

UA-123/2020-1 – AI-Index: AMR 37/3018/2020 – 8. September 2020 – nr

BEHÖRDEN MÜSSEN TRANSPARENZ IM PROZESS GEGEN EINEN MANN GARANTIEREN, DER DER ANSTIFTUNG ZUM MORD AN BERTA CÁCERES BESCHULDIGT WIRD

22 October 2020 – von Duncan Tucker, Media Manager, International Secretariat, Americas

Angesichts fehlender Publizität rund um die Voruntersuchung von David Castillo, der als einziger der Anstiftung zur Ermordung der Lenca-Führerin und Umweltverteidigerin Berta Cáceres beschuldigt wird, erinnert Amnesty International die honduranischen Behörden an ihre Verpflichtung zur Einhaltung eines ordnungsgemäßen Verfahrens.

Vor Beginn der mündlichen und öffentlichen Debatte wurde am 22. Oktober eine Anhörung anberaumt, um das Verfahren gegen David Castillo, den ehemaligen Manager der Firma Desarrollos Energéticos (DESA), der für das Wasserkraftwerksprojekt Agua Zarca verantwortlich war, zu überprüfen.

Nach Angaben des COPINH (Civic Council of Popular and Indigenous Organisations of Honduras), der Organisation, deren Generalkoordinatorin Berta Cáceres war, konnte die Übertragung der Anhörung wegen eines fehlenden Technikers nicht ferngesteuert übertragen werden, was die Öffentlichkeit und Transparenz des Gerichtsverfahrens einschränkte.

"Amnesty International hat die honduranischen Behörden wiederholt aufgefordert, die Rechte der Familie von Berta Cáceres und der COPINH-Mitglieder in Bezug auf Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung zu garantieren. Angesichts der Zugangsbeschränkungen zu Gerichtssälen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, müssen die Behörden alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass der Prozess auch unter diesen Umständen öffentlich und transparent abläuft", sagte Erika Guevara-Rosas, Amerika-Direktorin von Amnesty International.

"In einem Land wie Honduras - in dem diejenigen, die die Menschenrechte in Bezug auf Territorien und die Umwelt verteidigen, ständig der Todesgefahr ausgesetzt sind und in dem fast absolute Straffreiheit herrscht – ist die Gewährleistung von Öffentlichkeit rund um den Prozess, einschließlich der Anwesenheit von Journalist/innen und Beobachter/-innen, von grundlegender Bedeutung für die Gesellschaft als Ganzes, um die Wahrheit darüber zu erfahren, was Berta Cáceres zugestoßen ist. Der Prozess muss transparent sein".

Die Ermordung von Berta Cáceres vor viereinhalb Jahren hat die honduranische und internationale Gesellschaft bewegt und bleibt eines der sinnbildlichsten Verbrechen gegen Menschenrechtsverteidiger/-innen. Amnesty International wird die Einhaltung eines ordnungsgemäßen Verfahrens während des Prozesses sowie den Fortgang der Ermittlungen überwachen, um alle an der Planung des Mordes Beteiligten zu identifizieren.

Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie auf den nachfolgenden Webseiten:

Americas: Region must not miss opportunity to lead on environmental protection (News, 26 September 2020) <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/09/americas-oportunidad-para-proteccion-medio-ambiente/>

Honduras: Authorities must bring all those suspected of responsibility for the murder of Berta Cáceres to justice (News, 28 February 2019) <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/02/honduras-authorities-must-bring-all-those-suspected-of-responsibility-for-the-murder-of-berta-caceres-to-justice/>

Honduras: Half-truths for Berta Cáceres and her family (News, 29 November 2018) <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/11/honduras-half-truths-for-berta-caceres-and-her-family/>

Übersetzt von Marianne Kersten

Theko Menschenrechte und indigene Völker

KOLUMBIEN

URGENT ACTION

MENSCHENRECHTLERIN TROTZ PERSONENSCHUTZ IN GEFAHR

JANI SILVA

Am 2. Juli 2020 erhielt die Menschenrechtsorganisation *Comisión Intereclesial de Justicia y Paz* (CIJP) vertrauliche Informationen über einen Plan zur Ermordung der Menschenrechtlerin Jani Silva.

Jani Silva ist als Menschenrechtsaktivistin der NGO *Asociación para el Desarrollo Integral Sostenible de la Perla Amazónica* (ADISPA) tätig. Die Organisation setzt sich im Departamento Putumayo im südwestlichen Kolumbien für Frieden und Umweltschutz ein.

Seit Beginn der COVID-19-Ausgangssperre gab es bereits fünf bedrohliche Vorfälle im direkten Umfeld von Jani Silva. Jetzt wurden der Menschenrechtsorganisation CIJP Informationen zu Mordplänen gegen Jani Silva zugespielt. Es wird vermutet, dass eine bewaffnete Gruppierung namens „La Mafia“ hinter diesen Plänen steckt. Hintergrund dürfte das Engagement Jani Silvas für das Programm zum freiwilligen Austausch von Saatgut in Putumayo sein. Der NGO zufolge gehen seit Beginn der Ausgangssperre bereits 14 Morde in der Region Putumayo auf das Konto von „La Mafia“.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Jani Silva ist Umwelt-, Menschenrechts- und Friedensaktivistin und setzt sich für die Umsetzung des Friedensabkommens in Putumayo ein. Außerdem hat sie sich für Wiederaufforstungsinitiativen stark gemacht und dabei die sozialen und ökologischen Folgen der Erdölförderung angeprangert, unter anderem auch die Aktivitäten des Öl- und Gasunternehmens Amerisur im Putumayo-Becken.

Jani Silva ist die rechtliche Vertreterin von ADISPA: einem Zusammenschluss von NGOs zum Schutz der Rechte der Gemeinschaften im kleinbäuerlichen Reservatsgebiet La Perla Amazónica.

Bewaffnete Gruppen haben Jani Silva in der Vergangenheit bereits mehrfach mit dem Tode bedroht, um auf diese Weise eine der bekanntesten Friedensaktivist_innen der Region zum Schweigen zu bringen. Weitere Drohungen erhielt sie aufgrund ihres Engagements gegen ein in der Region tätiges Ölunternehmen: Sollte sie sich weiterhin für Umweltschutz-Demonstrationen einsetzen, würden sie und ihre Familienangehörigen sterben. Von wem die Drohungen stammen, ist nicht bekannt.

Zu den bedrohlichen Vorfällen im direkten Umfeld von Jani Silva zählten in letzter Zeit folgende Vorkommnisse:

- Am 29. November 2019 kam es zu einer irregulären Überwachung ihres Personenschutzes durch unbekannte Polizeikräfte.
- Am 16. Januar 2019 kam es zu zwei bedrohlichen Vorfällen: (1) Gegen Mittag beobachtete ein Motorradfahrer zehn Minuten lang ihr Haus. (2) Gegen 14.00 Uhr tauchten Unbekannte an der Arbeitsstelle von Jani Silva auf und beobachteten sie ebenfalls.

- Am 26. März 2020 informierte die Menschenrechtsorganisation CIJP Jani Silva über ein gegen sie geplantes Attentat.
- Am 17. April 2020 gegen 14.30 Uhr hörte Jani Silva sechs Schüsse in unmittelbarer Umgebung ihres Hauses (weniger als 30 Meter entfernt).
- Am 22. April 2020 hörte Jani Silva Geräusche von sich bewegenden Personen, einem Motorrad und drei Schüsse in unmittelbarer Umgebung ihres Hauses (weniger als 50 Meter entfernt).
- Im Mai 2020 berichteten verschiedene Medien und Menschenrechtsorganisationen über die Überwachung von 130 Personen durch das Militär, darunter Journalist_innen aus dem In- und Ausland, Menschenrechtler_innen und Politiker_innen. Den Berichten zufolge gehört auch Jani Silva zu den vom Militär überwachten Menschenrechtler_innen.

UA-067/2020-1 – AI-Index: AMR 23/2265/2020 – 8. Juli 2020 – dm

ECUADOR

URGENT ACTION

INDIGENE NACH WIE VOR IN GEFAHR DURCH COVID-19

INDIGENE GEMEINSCHAFTEN AM AMAZONAS

Im August informierte die Regierung von Ecuador die indigene Bevölkerung des Landes über eine nationale Richtlinie für den Umgang mit COVID-19. Indigenen- und Menschenrechtsorganisationen im Amazonas kritisieren, dass keine angemessene Konsultation mit den Betroffenen stattgefunden habe und ihre Forderungen nicht berücksichtigt worden seien. Außerdem seien sie aus den Notfallplanausschüssen ausgeschlossen worden, die die Richtlinien umsetzen sollen. Die Regierung muss sicherstellen, dass die indigene Bevölkerung im ecuadorianischen Amazonasgebiet an den Entscheidungsprozessen zum Umgang mit COVID-19 beteiligt wird, und garantieren, dass ausreichende finanzielle Mittel dafür zur Verfügung stehen und die Rechte und Erfordernisse der Betroffenen respektiert werden.

Nach Angaben von Indigenen- und Menschenrechtsorganisationen hat es im Vorfeld der im August unter der indigenen Bevölkerung bekanntgegebenen Richtlinien für die Verhinderung und Behandlung von COVID-19 keinen angemessenen Konsultationsprozess gegeben, und die Anforderungen der Indigenen wurden nicht berücksichtigt. In den Notfallplanausschüssen, die die Richtlinien umsetzen sollen, sind die Indigenen nicht vertreten.

Die indigene Bevölkerung im ecuadorianischen Amazonasgebiet ist im Kontext der Pandemie in erhöhter Gefahr durch den Mangel an Trinkwasser, Nahrungsmitteln, medizinischer Versorgung, Gesundheitsleistungen und Covid-19-Tests. Verursacht wurde dieser Mangel durch seit langem bestehende Ungleichbehandlung, Diskriminierung und Exklusion.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

An einem nicht näher spezifizierten Datum im August hat die Regierung von Ecuador eine Richtlinie für die Verhütung und Behandlung von COVID-19 bei indigenen, afro-ecuadorianischen und Montubio-Bevölkerungsgruppen bekanntgemacht, mit dem Ziel, „Vorgehensweisen für die Koordination zwischen Institutionen, Bereichen und den Akteur_innen, die in den Territorien der Völker und Nationalitäten Ecuadors präsent sind, zu entwickeln, um eine koordinierte Antwort mit interkultureller Relevanz auf den durch COVID-19 verursachten Notstand zu liefern.“

In dem Dokument heißt es, es sei von verschiedenen Vertreter_innen der Regierung mit Unterstützung der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation erarbeitet und von Mitgliedern der Konföderation der Indigenen Nationen des Ecuadorianischen Amazonasgebiets (CONFENIAE) und der Konföderation der Völker der Kichwa-Nationalität von Ecuador (ECUARUNARI) „validiert“ worden. Der „Anhang mit Beiträgen und Empfehlungen der Delegierten von Gemeinschaften, Völkern und Nationalitäten“ trägt das Datum 24. Juli 2020.

Aufgrund der unzureichenden Reaktion der staatlichen Stellen auf COVID-19 haben Organisationen wie die Konföderation der Indigenen Nationen des Ecuadorianischen Amazonasgebiets (CONFENIAE), Amazon Watch, Amazon Frontlines, Fundación ALDEA und die Hochschule Universidad San Francisco de Quito Maßnahmen eingeleitet, um COVID-19-Fälle unter der indigenen Bevölkerung im Amazonasgebiet von Ecuador zu identifizieren und zu behandeln. Sie stellen Tests zur Verfügung, liefern kulturell angemessene Informationen, stellen Schutzkleidung, Hygieneprodukte und Grundbedarfsmedikamente zur Verfügung und haben eine Internetseite entwickelt, um Entwicklungen der Pandemie zu verfolgen und Ansteckungsherde zu identifizieren.

Am 29. April reichte eine Gruppe von Indigenen- und Menschenrechtsorganisationen einen Antrag auf ein Verfassungsschutzverfahren ein und forderte Schutzmaßnahmen im Namen von fast 120.000 von der Ölkatastrophe betroffenen Menschen. Die Petition gibt die Verantwortung dem Ministerium für Energie und natürliche und nicht nachwachsende Rohstoffe, dem Ministerium für Umweltschutz, dem Gesundheitsministerium, der staatlichen Ölgesellschaft Petroecuador und dem Privatunternehmen OCP. Die Petitionssteller_innen berichteten, dass das verantwortliche Gericht das rechtsstaatliche Verfahren durch Unregelmäßigkeiten gefährdete.

UA-114/2020-1 – AI-Index: AMR 28/2943/2020 – 28. August 2020 – bs

AMAZONAS

INDIGENE VÖLKER DES AMAZONAS UND COVID-19: "WIR INDIGENEN HABEN NICHT AUF HILFE GEWARTET, VON DER WIR WISSEN, DASS SIE NIEMALS KOMMEN WIRD."

Von **Nadino Calapucha, COICA** - 9 August 2020

Die indigenen Völker des Amazonas fordern Regierungen und internationale Organisationen zum Handeln und zum Dialog auf und schaffen einen Notfallfonds, um der Pandemie zu begegnen.

Die indigenen Völker des Amazonasgebiets und ganz Amerikas haben jahrhundertlang Erfahrung mit tödlichen Bedrohungen. Seit über 500 Jahren sind wir Invasionen, dem Verlust unserer angestammten Territorien, ethnischen und sozioökonomischen Diskriminierungen ausgesetzt, die zu Vertreibungen, Krankheiten, Todesfällen und der ständigen Bedrohung durch kulturelle und physische Vernichtung geführt haben.

Seit Jahrzehnten bieten uns große Unternehmen und Regierungen das an, was sie „wirtschaftliche Entwicklung“ nennen, als Gegenleistung für die Gewinnung unersetzlicher natürlicher Ressourcen. In Wirklichkeit haben uns diese unkontrollierten Praktiken versklavt und unser Land kontaminiert, deren Lebensraum nicht nur für die dort lebenden Völker, sondern für den gesamten Planeten von lebenswichtiger Bedeutung ist.

Unsere Heimat, das Amazonasgebiet, trägt nicht nur erheblich zum Bruttoinlandsprodukt vieler Länder der Region bei, sondern liefert auch die größte Menge an Sauerstoff für die Welt. Den Völkern, die es schützen, werden jedoch grundlegende Rechte wie Grundversorgung, Bildung und Gesundheit vorenthalten.

Eines der jüngsten Beispiele für diese Missbräuche fand am 7. April statt. Während die Welt zu verstehen versuchte, wie die neuartige Coronavirus-Pandemie das Leben in den Städten veränderte, blieben viele indigene Gemeinschaften im ecuadorianischen Amazonasgebiet nach dem Zusammenbruch der Basen und Pipelines des transecuadorianischen Pipelinesystems und der Rohölpipeline.

Die massive Ölverschmutzung auf den Gewässern des Coca-Flusses an der Grenze zwischen den Amazonas-Provinzen Napo und Sucumbíos hat die dort lebenden und von ihr abhängigen Gemeinden eindeutig gefährdet. Ohne Flüsse, in denen gefischt werden kann, haben sie ihre Hauptnahrungsquelle verloren. Ohne Wasser ist das Überleben zu einem täglichen Kampf geworden.

Die für die Ölpest verantwortlichen Ölfirmen haben einige Lebensmittelrationen und Wasserflaschen geliefert, aber weder sie noch die Regierung haben sich auf langfristige Maßnahmen geeinigt, die das Leben und die Gesundheit der in dem Gebiet lebenden Menschen garantieren können.

Während die Weltgesundheitsorganisation angesichts der Pandemie zum Händewaschen als wichtigste Präventionsmethode rät, haben die betroffenen Gemeinden kaum Wasser zum Trinken.

DIE ERFAHRUNG ECUADORS IST NICHT EINZIGARTIG.

Zu den Bedrohungen, die von der unkontrolliert betriebenen Rohstoffförderung durch Wasserkraft-, Öl-, Bergbau- und Holzfällerunternehmen ausgehen, kommt heute die Covid-19-Pandemie hinzu.

Um auf diese neue Gefahr zu reagieren, haben die Regierungen Lateinamerikas angesichts der Probleme indigener Völker dieselben historischen Muster wiederholt: Gleichgültigkeit, Untätigkeit und Zuzumutung. In einigen Fällen, in denen Maßnahmen ergriffen wurden, werden Gesundheitspolitiken entwickelt und umgesetzt, die die kulturelle Vielfalt nicht berücksichtigen, und es werden keine spezifischen Budgets für die Versorgung indigener Völker bereitgestellt.

Aber die indigenen Gemeinschaften und Organisationen im Amazonasbecken haben nicht weiter auf Hilfe gewartet, von der wir wissen, dass sie niemals kommen wird.

In erster Linie haben wir die Regierungen und internationalen Organisationen aufgefordert, durch Briefe, Erklärungen und Datenerhebungen Maßnahmen zu ergreifen und in einen Dialog einzutreten, um vor der ernstesten Situation zu warnen, in der sich die indigenen Völker angesichts des alarmierenden Anstiegs der Ansteckungs- und Todesfälle im Amazonasgebiet befinden.

Es wurden Kommunikationskanäle mit verschiedenen nationalen und lokalen Behörden eingerichtet, um sich auf gemeinsame Verwaltungsmodi zu einigen und sicherzustellen, dass die Bedürftigen rechtzeitig Zugang zu der von ihnen benötigten Versorgung haben. Unsere Forderungen sind jedoch bisher nicht gehört worden. Aus diesem Grund und in Übereinstimmung mit unseren Grundsätzen als indigene Völker haben wir unsere eigenen Pflegeprotokolle, Notfallpläne und Maßnahmen erstellt, die die Bedürfnisse jeder Gemeinschaft berücksichtigen.

In einigen Fällen haben wir uns beispielsweise untereinander organisiert, um die Ein- und Ausreise in die und aus den Gemeinden zu begrenzen und zu kontrollieren. Darüber hinaus hat der Einsatz der angestammten (indigenen) Medizin zugenommen, wurden eigene Informations- und Pflegekampagnen durchgeführt und spezielle Hilfsgruppen zusammengestellt, die die Verteilung von Medikamenten und Nahrungsmitteln an die am stärksten betroffenen Gebiete koordinieren.

Angesichts der Untätigkeit der Regierung, auf unsere Bedürfnisse einzugehen, startete die Koordinationsstelle der indigenen Organisationen im Amazonasbecken (COICA) eine Kampagne zur Beschaffung von Notfallfonds. Ziel des Fonds ist es, 100% der Mittel zu sammeln und den indigenen Gemeinschaften der neun Länder des Amazonasbeckens, die mit dem COVID-19-Notstand konfrontiert sind, zukommen zu lassen.

Entscheidungen über Zuschüsse und die Verwaltung des Fonds werden unter der strengen Koordination und Kommunikation eines Verwaltungsrates getroffen, dem indigene Führer der COICA und ihrer Mitgliedsorganisationen sowie in geringerem Maße Vertreter der beteiligten sozialen Organisationen, Geber und Berater angehören. Alle gesammelten Gelder kommen vollständig und ausschließlich den Gemeinden zugute, die es am dringendsten benötigen, und zwar durch die Bereitstellung von Lebensmittelkits, medizinischer Versorgung und Schutzausrüstung. Dieser Fonds wird für viele indigene Gemeinschaften eine Lebensader sein, aber er reicht nicht aus.

Vor dem Hintergrund einer Pandemie, die sich wahrscheinlich weiter ausbreiten wird, brauchen wir Dialog und Maßnahmen, um eine kulturell angemessene Gesundheitspolitik zu entwickeln und umzusetzen, deren Pläne und Budgets speziell auf die Versorgung der indigenen Völker ausgerichtet sind. Wenn Regierungen sich wirklich um die Hüter der Erde kümmern wollen, ist dies der einzig mögliche Weg. Nicht zu handeln ist keine Option. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden wir Zeugen eines Ethnozids sein.

Solange der Amazonas lebt, ist die Menschheit sicher.

Nadino Calapucha ist Kommunikationsleiter des Koordinierungsgremiums der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens (COICA).

Quelle: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/08/pueblos-indigenas-amazonia-covid19/>

This article was originally published by El País

Übersetzt von Barbara Hermanns
Theko Menschenrechte und indigene Völker

BRASILIEN

COVID-19 UND INDIGENE VÖLKER II: RINDFLEISCHPRODUKTION UND COVID-19 VERSUS MENSCHENRECHTE?



Cattle grazing on pasture in a cattle property inside the Rio Ouro Preto Reserve, in Rondônia state. Foto Juli 2020
© Privat/Amnesty International

Bereits im vorangegangenen Artikel¹ wurde über den Landraub, der sich im Schatten der Corona-Pandemie noch weiter zugespitzt hat, berichtet. Mitte Juli ist dabei vor allem ein Konzern in den Fokus geraten: JBS, eine brasilianische Aktiengesellschaft und weltweit größter Fleischproduzent, in dessen Lieferkette sich teilweise Fleisch von illegal gehaltenen Rindern aus geschützten Amazonas-Gebieten befindet.

¹ Wir berichteten bereits im *Juni-Rundbrief 2020* über den Landraub und die damit häufig einhergehenden Menschenrechtsverletzungen, die sich im Schatten der Corona-Krise fortgesetzt haben.



Aerial view of forest cleared inside the Uru-Eu-Wau-Wau Indigenous territory, Rondônia state, Brazil in August 2019. © Privat

Damit missachtet das Unternehmen die Sorgfaltspflicht der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Des Weiteren schafft JBS laut dem in Juli erschienenen Amnesty International-Berichts „From Forest to Farmland“² sogar Anreize, um diese illegale Tierhaltung fortbestehen zu lassen. Zusätzlich zum Umweltaspekt ist dies vor allem für indigene Völker problematisch.

Illegale Landnahme geht häufig mit Menschenrechtsverletzungen einher, im schlimmsten Falle sogar mit Mord. Nichtsdestotrotz konnte Amnesty International an keinem der drei Untersuchungsorte Beweise für eine direkte Beteiligung des Großkonzerns an Menschenrechtsverletzungen feststellen. Die Missstände in der Lieferkette können jedoch indirekt Beihilfe zu solchen Verletzungen geleistet haben. Daher fordert Amnesty International JBS auf, bis 2020 Abhilfe schaffende Maßnahmen einzuleiten.

Sehr kritisch beleuchtet wurde auch die Rolle des Staates in dem Skandal. Statt illegale Viehzucht zu unterbinden, machen sich die Behörden zu Komplizen, indem sie Rinderzuchten registrieren und die notwendigen Exportdokumente ausstellen trotz deren illegaler Herkunft. Katharina Masoud, Amnesty-International-Expertin für die Region Amerikas, äußert sich wie folgt: „Die brasilianischen Behörden müssen diese Praxis sofort einstellen und die Lieferketten besser kontrollieren, wenn die illegale Rinderhaltung in Brasiliens Amazonasgebiet und damit die einhergehenden Menschenrechtsverletzungen verhindert werden sollen.“³ Dieser Problematik sollten sich auch die hiesigen Politiker bewusst sein, wenn es um Freihandelsabkommen, wie z. B. das EU-Mercosur-Abkommen⁴ geht.

² Ganzer Amnesty-International-Bericht: <https://www.amnesty.org/en/documents/AMR19/2657/2020/en/>

³ Falco, A. (Amnesty International 14. Juli 2020). Illegale Rinderhaltung im Amazonasgebiet gefährdet indigene Gemeinschaften. Abgerufen am 15.11.2020: <https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/brasilien-illegale-rinderhaltung-im-amazonasgebiet-gefaehrdet-indigene>

⁴ Als Mercosur-Abkommen bezeichnet man das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten (Argentinien, Paraguay, Brasilien und Uruguay), das im Begriff ist, die größte Freihandelszone der Welt zu schaffen. Es enthält Bestimmungen hinsichtlich Handel, Kooperation und politischem Dialog und ist das Resultat von fast 20 Jahren zäher Verhandlungen in puncto Handelsausgestaltung. Am 28. Juni 2019 wurde eine Einigung erzielt, jedoch befindet sich das Abkommen aktuell in der formaljuristischen Prüfung und muss erst noch von allen EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Für weitere Informationen wird auf das Bundeswirtschaftsministerium verwiesen: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/assoziierungsabkommen-zwischen-der-eu-und-den-mercosur-staaten.html>

Es bleibt abzuwarten, wie JBS auf die Forderungen Amnesty Internationals reagiert und langfristig agiert und welche Konsequenzen andere Staaten aus diesem Wissen ziehen.

INFEKTIONS- UND TODESZAHLEN WEITERHIN HOCH

Der 10. Oktober 2020 markiert einen traurigen Höhepunkt im brasilianischen Kampf mit der Pandemie: Laut Angaben des Gesundheitsministeriums wurde die Marke der 150.000 Corona-Toten überschritten. Aktuell (Stand Mitte November 2020) liegt die Infektionszahl bei ca. 5,8 Millionen.⁵

BOLSONARO DENNOCH WIEDER HÖHER IM KURS BEI SEINEN WÄHLERN?

Trotz Korruptionsvorwürfen und fehlendem Pandemieeindämmungskurs ist die Beliebtheit des brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro laut dem Meinungsforschungsinstitut XP/ Ipspe und Umfragen der CNI/Ibope im Sommer und Herbst gestiegen und konnte an die Werte vor dem Krankheitsausbruch anknüpfen.⁶

Vor allem seine klare Haltung gegenüber den Gouverneuren und gegen flächendeckende Lockdowns brachte ihm Zustimmung derjenigen, die im informellen Sektor arbeiten. Er äußerte sich u. a. wie folgt: *„Ich werde mein Volk nicht in die Armut schicken, nur um den Beifall der Medien zu erhaschen.“*⁷

Kritisch ist diese Aussage jedoch im Hinblick auf die Indigenen zu betrachten, die er durch verantwortungsloses Verhalten in Gefahr bringt – in Armut sind sie meist bereits.

Dennoch trotz er vielen Kritikern und überzeugt gerade mithilfe der staatlichen Corona-Finanzspritze, die als Sofort-Hilfe seit April von mehr als 66 Millionen Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen wurde. Anfang September verlängerte er diese finanzielle Unterstützung um vier Monate und kündigte zusätzlich an, dies nach Ablauf im Januar 2021 in ein nationales Sozialprogramm zu überführen. Es bleibt zu prüfen, inwiefern sich diese Wandlung fortführt und auch wirtschaftlich nach dem pandemieverschuldeten Einbruch umsetzbar bleibt.

AUF KOSTEN DER INDIGENEN UND DES REGENWALDES

Genauso vehement wie Bolsonaros finanzielle Unterstützung in der Pandemie von vielen Brasilianerinnen und Brasilianern gelobt wird, genauso massiv ist die Kritik an seiner Umweltpolitik. Amazonas, der Lebensraum vieler indigener Völker, könnte 2020 einen Höhepunkt der Zerstörung erreicht haben. Seit Wochen steht das Pantanal, das größte Binnenland und Feuchtgebiet der Erde sowie UNESCO Welt-erbe, in Flammen.⁸ Einerseits führt der Klimawandel zu mehr Waldbränden. Andererseits wird vielen Bränden künstlich per Menschenhand nachgeholfen mit dem obersten Ziel, für Soja oder die oben angesprochenen Rinderherden Platz zu schaffen. Bolsonaro sowie die amtierende Agrarministerin vertreten jedoch die gegenteilige These: Die Rinderherden würden ihrer Meinung nach schlussendlich dazu beitragen, Waldbrände zu minimieren, da sie vertrocknete Fauna abfräßen und somit vor Waldbränden schützen würden. In der Realität verlieren jedoch nachweislich zahlreiche Tierarten ihren Lebensraum oder sogar qualvoll ihr Leben. Umweltschützer/-innen kämpfen um unzählige Tiere, die starke Verbrennungen aufweisen und in einem kritischen Zustand sind. Durch die Brände wird nicht nur den Tieren, sondern auch vielen indigenen Völkern der Lebensraum genommen.

⁵ BBC News (11. Oktober 2020). Covid: Brazil's coronavirus death toll passes 150,000. Abgerufen am 31.10.2020: <https://www.bbc.com/news/world-latin-america-54496354>

⁶ Basso, M. und Eisele, I. (03. September 2020). Corona macht Bolsonaro beliebt. Deutsche Welle, abgerufen am 29. Oktober 2020: <https://www.dw.com/de/corona-macht-bolsonaro-beliebt/a-54795057>

⁷ Käufer, T. (27. Oktober 2020). Zwei Jahre Bolsonaro – Ein Desaster für den Amazonas. ZDF heute, abgerufen am 31.10.2020: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/bolsonaro-brasilien-corona-amazonas-100.html>

⁸ Käufer, T. (27. Oktober 2020). Zwei Jahre Bolsonaro – Ein Desaster für den Amazonas. ZDF heute, abgerufen am 31.10.2020: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/bolsonaro-brasilien-corona-amazonas-100.html>

Waren Mitte Juni die Hoffnungen groß, dass den Indigenen endlich ein verstärkter Schutz gewährt werden sollte – hatte der Senat doch am 16. Juni 2020 ein entsprechendes Gesetz verabschiedet –, so wurde dies Anfang Juli entschieden enttäuscht. Bolsonaro, der eigentlich nur noch hätte unterschreiben müssen, legte an maßgeblichen Stellen sein Veto ein. Unter anderem stellte er sich gegen die „*Verpflichtung der Regierung, den Indigenen Trinkwasser, Hygieneprodukte sowie Krankenhausbetten zur Verfügung zu stellen*“⁹. Geblieben ist zwar die Bestätigung, dass Indigene weitaus gefährdeter seien als andere Bevölkerungsgruppen – die Vereinigung der Indigenen Apib schätzt sie doppelt so hoch ein –, aber viele konkrete Maßnahmen zur Soforthilfe der Indigenen wurden blockiert, wie z. B. die Verteilung von eigens für Indigene konzipierte Covid-19-Info-Broschüren und von Lebensmittelpaketen.¹⁰ Bolsonaros Begründung gemäß des Nachrichtenportals G1: Der Gesetzentwurf sei in seiner ursprünglichen Fassung durch seine budgetäre und finanzielle Auswirkung verfassungswidrig.¹¹



An Indigenous man patrols the forest in Uru-Eu-Wau-Wau territory (in Rondônia state, Brazil) to protect it from illegal land seizures and logging. © Gabriel Uchida

⁹ Zeit Online (09. Juli 2020). Jair Bolsonaro stoppt Corona-Maßnahmen in Indigenengebieten. Abgerufen am 29.10.2020: https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-07/brasilien-indigene-voelker-coronavirus-massnahmen-jair-bolsonaro?utm_referrer=https%3A%2F%2Fdef-web.de%2Fmail%2Fclient%2FBa_8SFsv6DQ%2Fdefreferrer%2F%3FredirectUrl%3Dhttps%253A%252F%252Fwww.zeit.de%252Fpolitik%252Fausland%252F2020-07%252Fbrasilien-indigene-voelker-coronavirus-massnahmen-jair-bolsonaro

¹⁰ J.C. (afp, efe) (06. August 2020). Supremo de Brasil obliga al Gobierno a proteger a indígenas de la pandemia. Deutsche Welle, abgerufen am 29.10.2020: <https://www.dw.com/es/supremo-de-brasil-obliga-al-gobierno-a-proteger-a-ind%C3%ADgenas-de-la-pandemia/a-54456420>

¹¹ Silva, Lucas (Europa Press) (08. Juli 2020). AMP.- Coronavirus.-Bolsonaro promulga una ley de protección a los pueblos indígenas de Brasil pero con importantes vetos. Notimérica, abgerufen am 29.10.2020: <https://www.notimerica.com/sociedad/noticia-amp-coronavirus-bolsonaro-promulga-ley-proteccion-pueblos-indigenas-brasil-importantes-vetos-20200708205212.html>

Doch seine Handlung blieb nicht ohne Reaktion: Der brasilianische Richter Luis Roberto Barroso des Obersten Bundesgerichtes (STF) wies die Regierung an, Maßnahmen zu ergreifen, um die Indigenen vor dem Virus zu schützen¹². Die Regierung sah sich gezwungen, innerhalb von 30 Tagen unter der Beteiligung der indigenen Gemeinschaften und dem Nationalen Menschenrechtsrat einen Schutzplan auszuarbeiten. In der Folge legte sie dem Obersten Bundesgericht mehrmals Pläne vor, die jedoch von Barroso bis zuletzt (22.10.2020) als zu vage "*genérico e vago*" und somit als unkontrollierbar gescholten wurden. Die von der Regierung geplanten Maßnahmen seien so undetailliert formuliert, dass deren Umsetzung nicht ausreichend überwacht werden könne¹³. Barrosos Forderung: einen durchsetzbaren und kontrollierbaren Generalplan vorzulegen. Dieser sollte seines Erachtens klare Angaben zur Entwicklung und Umsetzung von sanitären Barrieren beinhalten und die Gesundheitsgebiete auf indigene Territorien ausweiten, sodass die Ansteckung durch Eindringlinge minimiert wird. Ebenfalls sollten Indigene leichterem Zugang zu Sozialleistungen erhalten. Daneben fordert er Hilfestellungen bei der Deckung von Grundbedürfnissen, z. B. die Lieferung von Essensrationen und den Zugang zu Trinkwasser. Dies alles stellt sich allerdings sehr kompliziert dar, und so ziehen die Wochen im Kampf mit der Regierung ins Land – auf Kosten der Indigenen.

Anna Verena Märker

Theko Menschenrechte und indigene Völker

¹² Supremo Tribunal Federal (22. Oktober 2020). Barroso nega homologação de plano para conter Covid-19 entre indígenas. Notícias STF, abgerufen am 28. Oktober 2020: <http://www.stf.jus.br/portal/cms/verNoticiaDetalhe.asp?idConteudo=453860>

¹³ "traçar um plano com elementos concretos, critérios objetivos, metas, quantitativos, indicadores, cronograma de execução e resultados esperados, que impliquem a efetiva assunção de um compromisso pela União e permitam seu monitoramento pelo juízo" – Luis Roberto Barroso

PERU

URGENT ACTION

AKTIVIST ERMORDET, FAMILIE IN GEFAHR

ROBERTO CARLOS PACHECO UND SEINE FAMILIE

Am 11. September 2020 wurde der Menschenrechtsverteidiger Roberto Carlos Pacheco von unbekanntem Angreifern erschossen. Er hatte schon seit 2012 Morddrohungen erhalten, weil er sich gegen den illegalen Bergbau im Tambopata-Reservat in der Region Madre de Dios im Amazonas eingesetzt hat. Obwohl sie begrenzte Schutzmaßnahmen von den Behörden erhalten hatten, glauben seine Familienangehörigen, dass sie nach wie vor nicht sicher sind. Besonders Demetrio Pacheco, der Vater von Roberto Carlos Pacheco und Vizepräsident des Führungsausschusses des Tambopata-Reservats, soll in Gefahr sein. Amnesty International fordert die Staatsanwältin auf, den Mord an Roberto Carlos Pacheco aufzuklären, die Verdächtigen zur Rechenschaft zu ziehen und die Familie Pacheco zu schützen.

Unbekannte Angreifer erschossen am 11. September 2020 den Menschenrechtsverteidiger Roberto Carlos Pacheco. Er erhielt schon seit 2012 Morddrohungen, weil er sich gegen illegale Minen im Tambopata-Reservat in der Region Madre de Dios im Amazonas eingesetzt hat. Diese Drohungen wurden den Behörden gemeldet.

Seine Familie berichtete, dass sie weiter in Gefahr sei, obwohl sie einige begrenzte Schutzmaßnahmen von den Behörden erhalten hätten. Die Familienangehörigen sorgen sich besonders um Demetrio Pacheco, den Vater von Roberto Carlos Pacheco. Er ist Vizepräsident des Führungsausschusses des Tambopata-Reservats.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Das Führungsausschuss des Tambopata-Reservats kämpft seit 2011 dafür, dass der illegale Bergbau und dessen negative Auswirkungen auf die Natur gestoppt werden. 2012 begannen die Drohungen und Angriffe auf die Mitglieder des Ausschusses und andere Menschenrechtsverteidiger_innen in der Region.

Am 19. November 2015 wurde der Umweltaktivist Alfredo Ernesto Vracko Neuenschwander getötet. Er hatte mehrere Morddrohungen erhalten, nachdem er sich über den illegalen Bergbau im Gebiet La Pampa in der Region Madre de Dios beschwert hatte. Örtlichen Menschenrechtsorganisationen zufolge würden die Ermittlungen nicht weiter fortschreiten, obwohl die Familie von Alfredo Ernesto Vracko Neuenschwander die Verantwortlichen identifiziert haben soll.

Demetrio Pacheco teilte Amnesty International mit, dass sein Sohn Roberto Carlos Pacheco dreimal attackiert oder mit dem Tod bedroht wurde. Im März schlugen ihn unbekannte Angreifer zusammen und bedrohten ihn mit einer Schusswaffe sowie einem Messer. Im gleichen Monat bedrohten ihn Unbekannte, indem sie ihm eine Pistole in den Mund hielten. Sie zerstörten einige seiner persönlichen Gegenstände. Später im Jahr wurde eine Kugel auf seinem Esstisch platziert. Alle drei Drohungen wurden den Behörden gemeldet. Trotzdem konnten die Behörden weder herausfinden, wer für die Drohungen verantwortlich ist, noch effektiven Schutz für Roberto Carlos Pacheco leisten.

Roberto Carlos Pacheco wurde am 11. September 2020 erschossen. Sein Leichnam wurde in der Nähe der Gemeinde San Juan in der Region Madre de Dios gefunden.

In den vergangenen Jahren war die Region Madre de Dios im peruanischen Amazonas ein Epizentrum für Sozial- und Umweltkonflikte. Die Konflikte basieren auf dem wachsenden illegalen Bergbau, der durch organisiertes Verbrechen (laut der Definition des Verfassungsdekrets No. 1105-2012) betrieben wird, den illegalen Rodungen und der Kontaminierung durch giftige Metalle. Im Januar 2020 traf sich Michel Forst, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter über die Lage von Menschenrechtsverteidiger_innen, mit Vertreter_innen des Führungskomitees des Tambopata-Reservats und äußerte öffentlich seine Besorgnis über ihre Situation.

UA-144/2020 – AI-Index: AMR 46/3078/2020 – 18. September 2020 – nr

„WOMEN UNITE AGAINST TOXIC METALS POLLUTION“

Auszüge aus einem Bericht von Cecilia Niezen & Gloria Alvitres

5. Juni 2020, Aktualisiert: 27. Juli 2020, veröffentlicht von Amnesty International



Ein Theaterkollektiv tritt außerhalb des Gesundheitsministeriums auf und prangert die giftige Metallverschmutzung in Peru an, während Amnesty International eine Petition mit über 32.000 Unterschriften zur Unterstützung der Forderungen der Nationalen Plattform einreicht. – Foto: Amnesty International, 2018.

In den Anden und im Amazonasgebiet von Peru haben sich Gemeinschaften zusammengeschlossen, um die Gesundheit der Menschen zu verteidigen, die von den Auswirkungen giftiger Schwermetalle betroffen sind. Um dies zu erreichen, haben sie die Nationale Plattform der von giftigen Schwermetallen betroffenen Menschen gegründet, die kürzlich mit dem Nationalen Menschenrechtspreis Perus ausgezeichnet wurde. Indigene, ländliche und städtische Frauen sind von dem täglichen Kampf besonders betroffen und sind entschlossen, die Verunreinigung zu beenden, die sich auf ihren Körper, ihre Flüsse und ihr Land auswirkt. Sie fordern, dass der Staat die Verantwortung übernimmt und sofortige Lösungen anbietet.

"Als ich herausfand, dass mein Sohn 17 giftige Schwermetallsubstanzen [in seinem Körper] hatte, nahm ich Stellung und sagte: 'Das kann so nicht weitergehen'", erinnert sich Carmen Chambi, eine Gemeindevorsteherin aus Alto Huanacán in der Provinz Espinar, die über 4.000 Meter über dem Meeresspiegel liegt. Wie die Testergebnisse ihres Sohnes gezeigt haben, hatte sich diese schreckliche Realität auf denjenigen ausgewirkt, der für sie am wichtigsten ist. Studien, die von der Regierung in Gewässern der Provinz durchgeführt wurden, haben alarmierende Werte von giftigen Schwermetallen ergeben.

Das *National Center for Epidemiology, Prevention and Monitoring of Illness* des peruanischen Gesundheitsministeriums hat die Fälle von 4.867 Peruaner/-innen dokumentiert, die Schwermetallen ausgesetzt waren. Diese Zahl ist jedoch unvollständig und unterschätzt die tatsächlichen Auswirkungen der Verschmutzung auf das Wasser und die menschliche Gesundheit. Die Vertreter/-innen der Nationalen Plattform gehen davon aus, dass die Zahl der Menschen, die täglich einer toxischen Mischung chemischer Schadstoffe ausgesetzt sind, zu der unter anderem Arsen, Kadmium, Blei und Quecksilber gehören, viel höher ist.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation verursacht eine längere Exposition gegenüber giftigen Schwermetallen verschiedene chronische Gesundheitsprobleme, darunter Gedächtnisverlust, Unfruchtbarkeit, Fehlgeburten, Verlust der Sehkraft, Diabetes, Leberkrankheiten, Nierenversagen, Krebs und irreversible Schäden in der fetalen Entwicklung.

Viele der Betroffenen sagen, dass die Verantwortung für die historische Umweltverschmutzung, die den Menschen schadet und Leben gefährdet, in erster Linie bei den Megaprojekten der Rohstoffindustrie liegt, die in ganz Peru im Gange sind – besonders beim Bergbau und der Gewinnung fossiler Brennstoffe – sowie einem gleichgültigen Staat.

Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie auf den nachfolgenden Webseiten:

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/06/peru-women-unite-against-toxic-metals-pollution/>

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/06/las-mujeres-sufrimos-en-carne-propia-los-problemas-de-salud/>

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/06/we-awajun-women-are-warriors/>

Übersetzt von Marianne Kersten
Theko Menschenrechte und indigene Völker

PARAGUAY

URGENT ACTION

INDIGENE AKTIVISTIN ANGEGRIFFEN

BERNARDA PESOA

Am 27. Oktober wurde Bernarda Pesoa, die Sprecherin einer indigenen Qom-Gemeinschaft, von ungefähr neun Personen auf ihrem Gemeindegebiet in Benjamín Aceval tätlich angegriffen. Sie hatte sich zuvor gegen eine Eukalyptus-Plantage auf dem Land der Gemeinschaft ausgesprochen. Die Projektleitung hatte ihr Vorhaben nicht ausreichend mit den indigenen Gemeinschaften konsultiert und nicht deren freie, vorherige und informierte Zustimmung eingeholt.

Eine Gruppe von ungefähr neun Frauen und Männern verübte am 27. Oktober einen Angriff auf Bernarda Pesoa, die Vertreterin einer indigenen Qom-Gemeinde. Dabei wurde sie im Gesicht und am Kopf verwundet. Die Angreifer_innen sind laut Bernarda Pesoa Bewohner_innen einer Nachbargemeinde. Sie drohten damit, ihr Haus niederzubrennen und sie noch schwerwiegender zu verletzen. Verwandte der Angreifer_innen hatten mit einer privaten Stiftung ein Übereinkommen getroffen, das auch die Ländereien der Gemeinde von Bernarda Pesoa und andere Gemeinden betrifft: Die Stiftung wollte auf diesen Ländereien eine Eukalyptus-Plantage anlegen. Bernarda Pesoa und andere indigene Sprecher_innen lehnen die Plantage aus umweltpolitischen und kulturellen Gründen ab und bemängeln, dass nicht alle betroffenen Gemeinden dem Projekt zugestimmt haben.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Bernarda Pesoa ist ein Mitglied der Organisation von Kleinbäuer_innen und indigenen Frauen *CONAMURI* sowie einer Gruppe von traditionellen Kunsthandwerker_innen in ihrer Gemeinde Santa Rosa. Seit 28 Jahren setzt sie sich zusammen mit anderen Angehörigen der Qom-Bevölkerung für die Landrechte ihrer Gemeinschaft und die Umwelt ein. Laut Bernarda Pesoa waren die Qom ursprünglich Waldbewohner_innen, die als Jäger_innen und Sammler_innen ihre Existenz sicherten. Seit den 1970er-Jahren leben sie auf dem heutigen Gebiet, das als Gemeindeland ausgewiesen ist. Die Qom verdienen ihre Lebensgrundlage heute als Handwerker_innen, die Produkte aus örtlichen Pflanzen fertigen oder als Kleinbäuer_innen, die Nutztiere wie Ziegen, Schafe oder Hühner züchten. Ihre Ländereien sind in den vergangenen Jahren auf Interesse bei Viehzüchter_innen oder privaten Firmen gestoßen, die für die lokalen Ökosysteme schädliche Projekte durchführen wollen.

Die private Stiftung *Fundación Paraguaya* plant die Anlage einer Eukalyptus-Plantage auf einer Fläche von ungefähr 20 Hektar auf dem Gemeinschaftsgebiet San Francisco Asis, wo auch die Gemeinde von Bernarda Pesoa liegt. Laut der Stiftung wurde mit zwei Gemeinde-Sprecher_innen eine Vereinbarung getroffen. Die Gemeindeländereien des Gebiets San Francisco umfassen aber acht verschiedene indigene Gemeinschaften. In ihren Gemeindeabkommen ist festgeschrieben, dass Angelegenheiten, die das Land aller betreffen, mit jeder Gemeinde in einem Konsultationsprozess behandelt werden müssen.

Verschiedene Vertreter_innen der indigenen Gemeinschaften, darunter auch Bernarda Pesoa, prangerten an, dass auf dem Gebiet, wo die Eukalyptus-Plantage entstehen soll, Heilpflanzen sowie einheimische Bäume und Arten existieren, die sie für ihr Handwerk und ihre Lebensgrundlage benötigen. Sie betonten außerdem den bedeutenden Verlust von Biodiversität, das Austrocknen des Bodens wegen der Erosion und die Auswirkungen auf den Wasserverbrauch, der mit der Einführung dieser Monokultur einhergehen würde. Alle diese Faktoren würden das einheimische Ökosystem nachhaltig beeinträchtigen. Laut der *Fundación Paraguaya* zielt das Projekt darauf ab, die Biomasse und das Holz der Eukalyptusbäume über die nächsten zehn Jahre zu verkaufen.

Sprecher_innen der indigenen Gemeinschaften haben ihre Bedenken über die geplante Eukalyptus-Plantage geäußert. Sie reichten zudem Klage ein und besuchten eine Anhörung mit der Kommission zum Schutz von natürlichen Ressourcen des paraguayischen Senats (Comisión Nacional de Defensa de los Recursos Naturales, Conaderna). Außerdem bestätigte das Paraguaysche Institut für Indigene Angelegenheiten (INDI) am 28. Oktober, dass im Zusammenhang mit der von der Stiftung *Fundación Paraguaya* geplanten Eukalyptus-Plantage keine freie, vorherige und informierte Zustimmung der indigenen Bevölkerungsgruppen eingeholt wurde. Paraguay ist Mitgliedsstaat des Übereinkommens 169 der Internationalen Arbeitsorganisation und hat die rechtsverbindlichen Verpflichtungen dieses Vertrags in die nationale Rechtsprechung integriert. In dem Übereinkommen ist festgeschrieben, dass bei Projekten, die indigene Bevölkerungsgruppen betreffen, eine angemessene Konsultation der Gemeinschaften stattfinden muss, um ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung zu gewährleisten – bevor jegliche Arbeiten begonnen werden.

BITTE SCHREIBEN SIE

E-MAILS, FAXE, TWITTER-NACHRICHTEN ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDER FORDERUNG:

- Ich fordere Sie auf, umgehend eine unabhängige und umfassende Untersuchung des Angriffs gegen Bernarda Pesoa einzuleiten, und sie und ihre Familie angemessen zu schützen.

ACHTUNG! Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

GENERALSTAATSANWÄLTIN
Dr. Sandra Raquel Quiñonez Astigarraga
Fiscal General de Paraguay
Chile esq. Avda. Ygatimi
Asunción, PARAGUAY

Anrede:

Estimada Señora Fiscal General / Dear General Prosecutor / Sehr geehrte Frau Generalstaatsanwältin

E-Mail: comunicaciones@ministeriopublico.gov.py

Twitter: @MinPublicoPy

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER REPUBLIK PARAGUAY
Herr Anibal Augusto Napoleon Zarza Dominguez
Geschäftsträger a.i.
Hardenbergstraße 12
10623 Berlin
Fax: 030-31 99 86 17
E-Mail: embapar@embapar.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **23. Dezember 2020** keine Appelle mehr zu verschicken.

UA-160/2020 – AI-Index: AMR 18/3277/2020 – 29. Oktober 2020 – nr

CHILE

URGENT ACTION

INHAFTIERTER MAPUCHE BEENDET HUNGERSTREIK

CELESTINO CÓRDOVA TRÁNSITO

Der inhaftierte Celestino Córdova Tránsito, ein geistiges Oberhaupt der indigenen Mapuche, beendete am 18. August seinen Hungerstreik. Die Behörden haben eingewilligt, ihm einige seiner Forderungen zu erfüllen.

Der Machi Celestino Córdova Tránsito trat am 4. Mai 2020 im Gefängnis der Stadt Temuco in den Hungerstreik. Zeitgleich begannen acht weitere inhaftierte Mapuche einen Hungerstreik. In den darauffolgenden Wochen schlossen sich 17 weitere Mapuche in Hafteinrichtungen dem Hungerstreik an.

Die Hungerstreikenden forderten die Anwendung der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die es ihnen ermöglichen würde, ihre Haftstrafen bzw. ihre Untersuchungshaft auf dem Land ihrer Gemeinschaften anstatt in einem Gefängnis zu verbringen. Celestino Córdova Tránsito forderte speziell die Achtung seiner Rechte als einer der geistigen Anführer der Mapuche. Diese Rolle erfordert eine physische Nähe zu dem Land seiner Gemeinschaft und zu bestimmten heiligen Stätten, die als Verbindung zwischen der irdischen und der geistigen Welt angesehen werden.

Mitte August nahmen Celestino Córdova Tránsito und seine Sprecher_innen wieder den Dialog mit Vertreter_innen des Justiz- und Menschenrechtsministeriums auf. Diese Gespräche wurden von Beobachter_innen bzw. Vertreter_innen des chilenischen Menschenrechtsinstituts, der Ärztekammer (Colegio Médico) und des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte begleitet.

Am 18. August erzielte Celestino Córdova Tránsito eine Einigung mit der Regierung. Bis er sich körperlich wieder ganz erholt hat, wird er eine kulturell angemessene Behandlung erhalten und hat die Erlaubnis, maximal 30 Stunden auf seinem angestammten Land zu verbringen und Zeremonien abzuhalten. Er hat zudem die Möglichkeit, seine Strafe in einem „Zentrum für Bildung und Arbeit“ zu verbüßen, das ländlicher gelegen ist als das Stadtgefängnis. Darüber hinaus wurden auch Einigungen für die anderen Hungerstreikenden erzielt. Diejenigen, die bereits verurteilt wurden, dürfen demnach beantragen, in ähnliche Zentren verlegt zu werden. Diejenigen, die sich in Untersuchungshaft befinden, können eine Überprüfung der Untersuchungshaft beantragen. Zudem willigten die Behörden ein, dass Gefangene im Hungerstreik nicht aufgrund des Hungerstreiks bestraft werden dürfen. Nach Unterzeichnung der Vereinbarung hat Celestino Córdova Tránsito damit begonnen, langsam wieder Nahrung zu sich zu nehmen.

In den Medien wurde die Forderung von Amnesty International nach einem Dialog als relevanter Faktor genannt, der zur Erzielung der Einigung beigetragen hat.

Die anderen inhaftierten Mapuche befinden sich nach wie vor im Hungerstreik. Amnesty wird die Situation weiterhin beobachten und gegebenenfalls wieder aktiv werden.

Zurzeit sind keine weiteren Aktionen des Eilaktionsnetzwerkes erforderlich. Vielen Dank allen, die Appelle geschrieben haben.

UA-127/2020-1 – AI-Index: AMR 22/2917/2020 –: 20. August 2020 – ar

Weitere Informationen zu UA-127/2020 (AMR 22/2870/2020, 12. August 2020)

HUNGERSTREIK DES MACHI CELESTINO CÓRDOVA BEENDET – ABER WEITERE INHAFTIERTE MAPUCHE IM HUNGERSTREIK

Amnesty International hatte seit Beginn des Hungerstreiks im Mai 2020 die Situation beobachtet und zuletzt in einer Urgent Action im August gefordert, die Rechte des Machi zu schützen und mit ihm in einen Dialog zu treten, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Die Behörden willigten teilweise in die Erfüllung seiner Forderungen ein. Andere inhaftierte Mapuche befinden sich noch immer im Hungerstreik.

Der Machi Celestino Córdova Tránsito trat am 4. Mai 2020 im Gefängnis der Stadt Temuco, Chile, in den Hungerstreik. Zeitgleich begannen acht weitere inhaftierte Mapuche einen Hungerstreik. In den darauffolgenden Wochen schlossen sich 17 weitere Mapuche in Hafteinrichtungen dem Hungerstreik an.

Die Hungerstreikenden forderten die Anwendung der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die es ihnen ermöglichen würde, ihre Haftstrafen bzw. ihre Untersuchungshaft auf dem Land ihrer Gemeinschaften anstatt in einem Gefängnis zu verbringen. Celestino Córdova Tránsito forderte speziell die Achtung seiner Rechte als einen der geistigen Anführer der Mapuche. Diese Rolle erfordert eine physische Nähe zu dem Land seiner Gemeinschaft und zu bestimmten heiligen Stätten, die als Verbindung zwischen der irdischen und der geistigen Welt angesehen werden.

Mitte August nahmen Celestino Córdova Tránsito und seine Sprecher/-innen wieder den Dialog mit Vertreter/-innen des Justiz- und Menschenrechtsministeriums auf. Diese Gespräche wurden von Beobachter/-innen bzw. Vertreter/-innen des chilenischen Menschenrechtsinstituts, der Ärztekammer (Colegio Médico) und des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte begleitet.

Am 18. August erzielte Celestino Córdova Tránsito eine Einigung mit der Regierung. Bis er sich körperlich wieder ganz erholt hat, wird er eine kulturell angemessene Behandlung erhalten und hat die Erlaubnis, maximal 30 Stunden auf seinem angestammten Land zu verbringen und Zeremonien abzuhalten. Er hat zudem die Möglichkeit, seine Strafe in einem "Zentrum für Bildung und Arbeit" zu verbüßen, das ländlicher gelegen ist als das Stadtgefängnis. Darüber hinaus wurden auch Einigungen für die anderen Hungerstreikenden erzielt. Diejenigen, die bereits verurteilt wurden, dürfen demnach beantragen, in ähnliche Zentren verlegt zu werden. Diejenigen, die sich in Untersuchungshaft befinden, können eine Überprüfung der Untersuchungshaft beantragen.

Zudem willigten die Behörden ein, dass Gefangene im Hungerstreik nicht aufgrund des Hungerstreiks bestraft werden dürfen. Nach Unterzeichnung der Vereinbarung hat Celestino Córdova Tránsito damit begonnen, langsam wieder Nahrung zu sich zu nehmen.

In den Medien wurde die Forderung von Amnesty International nach einem Dialog als relevanter Faktor genannt, der zur Erzielung der Einigung beigetragen hat.

Die anderen inhaftierten Mapuche befinden sich jedoch nach wie vor im Hungerstreik. Besonders besorgniserregend daran ist, dass Ende August bekannt wurde, dass 10 Gefängniswärter der Gendarmerie in der Haftanstalt Lebu positiv auf Covid-19 getestet wurden, wo sich 11 Mapuche Stand 2. September 2020 – noch immer im Hungerstreik befinden. Diese Gefangenen sind bei einer Ansteckung aufgrund ihres durch langzeitige Nahrungsverweigerung delikaten Gesundheitszustandes einem hohen Risiko ausgesetzt.

Sie alle befinden sich in Untersuchungshaft. Ein Antrag auf Änderung ihrer Haftbedingungen wurde kürzlich abgelehnt. Mittlerweile wurden sie, gewaltsam, in das Krankenhaus von Los Angeles gebracht. Obwohl der beschriebene Ausbruch von Covid-19 im Lebu-Gefängnis die Suche nach angemessenen Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der inhaftierten Mapuche erforderlich machte, wird berichtet, dass diese Verlegung nach Los Angeles ohne vorherige Ankündigung und mit übermäßiger Gewalt geschehen ist, was nicht zu rechtfertigen ist. Diese Vorwürfe müssen untersucht und gegebenenfalls sanktioniert werden.

AMNESTY INTERNATIONAL VERKÜNDET, BEOBACHTER/-INNEN-ROLLE IM MORDPROZESS VON CAMILO CATRILLANCA EINZUNEHMEN

6. November 2020: Tage nach der Wiederaufnahme des mündlichen Verfahrens wegen Mordes an dem chilenischen Mapuche Camilo Catrillanca gegen sieben Polizisten und einen Anwalt der Polizei, kündigt Amnesty International an, über Zoom eine Rolle bei der Beobachtung der Anhörungen zu übernehmen. Ziel ist es, die Handlungen der Parteien zu betrachten, um eine Analyse aus menschenrechtlicher Sicht durchzuführen, da es für die Erlangung von Gerechtigkeit wesentlich ist, dass der gesamte Prozess unparteiisch durchgeführt wird und ein ordnungsgemäßer Prozess gewährleistet ist.

Der Fall von Camilo Catrillanca ist besonders relevant, da er einen dramatischen Akt der Polizeigewalt darstellt. Daher muss der Prozess die Umstände seines Todes aufklären, sowie den versuchten Mord an dem ihn begleitenden Jugendlichen und die anderen Verbrechen, die zur Anklage gehören, untersuchen.

Amnesty International hofft, dass im Zuge des Prozesses Sanktionen angeordnet werden, die proportional der Schwere der Ereignisse entsprechen, um ein starkes Signal dafür zu geben, dass Menschenrechtsverletzungen nicht ungestraft bleiben können.

In der Rundbrief-Ausgabe im Juli 2019 wurde bereits über den Mord an Camilo Catrillanca berichtet.

Sara Leman
Chile-/Venezuela Koordinationsgruppe

KENIA

EU STOPPT FINANZIERUNG VON KLIMA- UND NATURSCHUTZPROJEKTEN IN KENIA

Nach erneuten Vertreibungen und niedergebrannten Häusern der Sengwer und Ogiek hat die EU das *WaTER towers programme* beendet, dessen Geldmittel in Kenia für schwere Menschenrechtsverletzungen eingesetzt wurden.



Frauen der Sengwer in Embobut, Kenia © Amnesty International

Seit Jahren sind die Sengwer, die traditionell im Embobut Wald im Hochland Kenias leben, von Angriffen und Vertreibungen durch kenianische Regierungsbehörden bedroht. Der *Kenyan Forest Service* (KFS) hat seit 2012 schätzungsweise 2.600 Häuser der Sengwer niedergebrannt und im Jahr 2018 nachweislich Robert Kiroitch Kibor im Rahmen einer groß angelegten Räumungsaktion erschossen.

Diese Maßnahmen wurden von der kenianischen Regierung im Rahmen von Natur- und Klimaschutzprojekten durchgeführt, von denen nicht nur die Sengwer sondern auch andere Gemeinden betroffen sind, die traditionell in den bewaldeten Regionen des kenianischen Hochlands leben. So wurden im Juli dieses Jahres erneut mehrere hundert Mitglieder der Sengwer und Ogiek obdachlos, nachdem der KFS und die kenianische Polizei Häuser im Embobut und Mau-Wald zerstört haben.¹ Mit dem erneuten Vorgehen gegen die Ogiek verstößt die kenianische Regierung sogar gegen ein Urteil des Afrikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der die Vertreibung der Ogiek von ihrem angestammten Land im Jahr 2017 als unzulässig erklärt hat.²

¹ Sengwer: <https://www.amnestykenya.org/burning-of-28-sengwer-homes-in-embobut-forest-elgeyo-marakwet/Ogiek: https://minorityrights.org/2020/07/17/ogiek-evictions/>

² <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/05/kenya-ruling-in-ogiek-case-gives-hope-to-indigenous-peoples-everywhere/>

Als Reaktion auf die Menschenrechtsverletzungen und vor allem den Mord an Robert Kirotych Kibor hatte die EU das *WaTER towers programme* bereits 2018 ausgesetzt, um mit der kenianischen Regierung neu über ihre Naturschutzstrategie und deren Finanzierung zu verhandeln. Das WaTER Programm finanziert Wiederaufforstungsprojekte in Kenia, in deren Rahmen die Sengwer und andere lokale Gemeinden angegriffen und vertrieben wurden.

Mit den seit 2018 geführten Verhandlungen haben sich viele Hoffnungen verbunden, die nicht das endgültige Ende der EU-Hilfen zum Ziel hatten, sondern eine Neuausrichtung des kenianischen Naturschutzes unter Einbezug der indigenen Bevölkerung. Im September 2020 hat das Netzwerk *Community Land Action Now* (CLAN), in dem indigene und traditionelle Gemeinden einschließlich der Sengwer und Ogiek zusammen für ihre Landrechte kämpfen, die Regierung aufgefordert, sich bei der EU für eine Wiederaufnahme des WaTER Programms einzusetzen. In einer Pressemitteilung erklärten sie die kenianische Regierung zu ihrem potenziellen Verbündeten im Kampf um die Wälder, der nur *mit* und nicht *gegen* die dort lebenden Gemeinden geführt werden kann.³

Anfang Oktober hat die EU dann doch das endgültige Aus für das WaTER Programm verkündet, was trotzdem als ein wichtiger Schritt im Kampf gegen den Missbrauch von Naturschutzgeldern und die Vertreibung indigener Gemeinden angesehen werden kann. In ihrer Pressemitteilung hat die EU-Delegation für Kenia betont, dass intensive Gespräche zwischen der kenianischen Regierung und Indigenen sowie lokalen Menschenrechtsorganisationen stattgefunden haben und weiter stattfinden.⁴ Die EU betonte zudem, dass sie einer zukünftigen Zusammenarbeit mit Kenia und zivilgesellschaftlichen Initiativen im Rahmen von Natur- und Klimaschutzprojekten positiv gegenübersteht:

„Die Europäische Union ist sehr daran interessiert, im neuen Programmplanungszeitraum im Rahmen der Green Deal-Initiative erneut mit Kenia in Bezug auf Umweltschutz und Klimaresilienz zusammenzuarbeiten. Dies könnte die Gelegenheit bieten, die im Rahmen des Water Towers-Programms geleistete Arbeit zu nutzen und eine neu konzipierte Initiative aufzubauen, die aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen sollte.“

Auszug aus der EU-Pressemitteilung

In wieweit sich die Lage der Sengwer und Ogiek verbessert, und ob der Rückzug der EU aus der Projektfinanzierung positive Folgen für die lokale Menschenrechtslage hat, bleibt abzuwarten. Das Ende des Finanzierungsprogramms bedeutet nicht, dass sich die kenianische Regierung nun an menschenrechtliche Standards halten wird. Ganz im Gegenteil, im Verlauf des Jahres 2020 wurden – trotz der Corona-Pandemie – mehrere groß angelegte Zwangsräumungen im ganzen Land durchgeführt. Neben den Angriffen auf Sengwer und Ogiek Siedlungen im Sommer wurden in der größten Aktion etwa 3000 Menschen obdachlos, als am 1. Oktober die Dagoretti-Corner-Siedlung in Nairobi zwangsgeräumt wurde.⁵ Der Kampf der indigenen und traditionellen Gemeinschaften Kenias um ihre Landrechte scheint daher noch lange nicht beendet zu sein.

Alexander Weide

Theko Menschenrechte und Indigene Völker

³ Die Pressemitteilung ist hier im Internet zu finden: <https://redd-monitor.org/2020/09/24/kenyas-community-land-action-now-a-win-win-solution-for-forests-human-rights-and-the-eu-water-project-exists-please-grasp-it/>

⁴ https://eeas.europa.eu/delegations/kenya/86239/european-union-water-towers-programme-now-comes-end_en

⁵ Eine aktuelle Urgent Action zu diesem Fall finden Sie hier: <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/3000-obdachlose-nach-zwangsräumung> (die UA lief bis zum 27.11.2020)

NIGERIA

“NO CLEAN UP, NO JUSTICE”: SHELL UND DIE ÖLVERSCHMUTZUNG IM NIGER-DELTA

Friends of the Earth Europe, Amnesty International, Environmental Rights Action und Milieu-defensie haben einen gemeinsamen Bericht veröffentlicht, in dem Sie die Versäumnisse von Shell und anderer Ölkonzerne im Niger-Delta anprangern und sie zum Handeln auffordern.



© Amnesty International

Vor fast 10 Jahren wurde eine Reinigung der von Shell und anderen Ölfirmen im Nigerdelta verschmutzten Gebiete gefordert. Es wurden aber an nur 11% der geplanten Standorte Arbeiten begonnen, obwohl große Gebiete nach den neuen Untersuchungen weiterhin stark kontaminiert sind.

„Nach neun Jahren der Versprechungen ohne angemessene Maßnahmen haben die Menschen in Ogoniland das schmutzige Trinkwasser satt.“ (Godwin Ojo, Environmental Rights Action/Friends of the Earth Nigeria)

Im Jahr 2011 veröffentlichte das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) einen Bericht, in dem die verheerenden Auswirkungen der Ölindustrie in Ogoniland dokumentiert wurden, und legte dringende Empfehlungen für die Sanierung vor. Der neue Bericht zeigt jedoch, dass die von UNEP vorgeschlagenen „Sofortmaßnahmen“ nicht ordnungsgemäß umgesetzt wurden und dass das von der nigerianischen Regierung im Jahr 2016 eingeleitete, milliardenschwere Sanierungsprojekt ineffektiv war.

Über fünf Jahrzehnte hat die Öl- und Gasförderung in indigenen Ogoni-Gemeinden zu einer großflächigen und anhaltenden Kontamination von Wasser und Boden geführt. Das systematische Versagen der Ölfirmen und der Regierung bei der Säuberung hat Hunderttausende Menschen der Ogoni ernsthaften Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Viele haben Schwierigkeiten Zugang zu sauberem Trinkwasser zu erhalten und sind nicht in der Lage ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Zahlreiche Interessenkonflikte rund um Shell wurden ebenfalls aufgedeckt, an denen das Management der Reinigungsbehörde HYPREP und die nigerianische Regierung beteiligt waren.

„Während Ölfirmen wie Shell Millionen ausgeben, um ihr Image zu verbessern, leiden Zehntausende weiterhin unter Umweltverschmutzung und Nachlässigkeit.“ (Colin Roche, Friends of the Earth Europe)

In diesem Jahr kamen eine Reihe europäischer Gerichtsverfahren auf Shell zu. Am 23. Juni wird der Oberste Gerichtshof Großbritanniens eine Berufung von zwei Gemeinden im Nigerdelta, Ogale und Bille, anhören. Sie geben an, dass sie über mehrere Jahre hinweg aufgrund der Geschäftstätigkeit von Shell unter systematischer und anhaltender Ölverschmutzung gelitten haben. Das Gericht muss allerdings noch entscheiden, ob es diesen Fall annehmen kann und ob Royal Dutch Shell (Hauptsitz in Großbritannien und den Niederlanden) für die Handlungen seiner nigerianischen Tochtergesellschaft Shell Petroleum Development Company (SPDC) haftet.

Godwin Ojo, Environmental Rights Action und Friends of the Earth Nigeria, sagte: „Nach neun Jahren Versprechungen ohne angemessene Maßnahmen und jahrzehntelanger Umweltverschmutzung haben die Menschen in Ogoniland nicht nur schmutziges Trinkwasser, ölverseuchten Fisch und giftige Dämpfe satt. Sie haben es satt, auf Gerechtigkeit zu warten, sie sterben von Tag zu Tag. Die nigerianische Regierung sollte anerkennen, dass dieses Projekt gescheitert ist, und HYPREP mit technischen Fähigkeiten und strategischem Denken neu beleben, wobei die Gemeinschaft voll einbezogen wird.“

„Shell darf damit nicht durchkommen – wir werden weiter kämpfen, bis die letzte Spur Öl aus Ogoniland entfernt ist.“ (Osai Ojigho, Direktor von Amnesty International Nigeria)

Colin Roche, Friends of the Earth Europe, sagte: „Neun Jahre später gibt es immer noch keine Aufräumarbeiten, keine Gesundheits- und Wasserversorgung im Notfall, keine Transparenz und keine Rechenschaftspflicht. Ohne dringende Maßnahmen wird es keine Gerechtigkeit geben. Während Ölfirmen wie Shell Millionen ausgeben, um ihr Image zu verbessern, leiden Zehntausende weiterhin unter Umweltverschmutzung und Nachlässigkeit. Europäische Regierungen wie in Großbritannien, den Niederlanden, Frankreich und Italien müssen handeln, um eine wirksame Reinigung zu unterstützen und sicherzustellen, dass diese Unternehmen für die verheerende Verschmutzung des Nigerdeltas verantwortlich gemacht werden.“

Osai Ojigho, Amnesty International Nigeria, sagte: „Die Entdeckung von Öl in Ogoniland hat den Menschen großes Leid gebracht. Über viele Jahre haben wir dokumentiert, dass Shell es nicht geschafft hat, Verschmutzungen von verschütteten Flüssigkeiten zu entfernen, und es ist ein Skandal, dass dies noch nicht geschehen ist. Die Verschmutzung führt zu schwerwiegenden Auswirkungen auf die Menschenrechte - auf die Gesundheit der Menschen und die Fähigkeit, Zugang zu Nahrungsmitteln und sauberem Wasser zu erhalten. Shell darf damit nicht durchkommen - wir werden weiter kämpfen, bis die letzte Spur Öl aus Ogoniland entfernt ist.“

Zu den wichtigsten Ergebnissen des Berichts gehören:

- Die Arbeiten an nur 11 % der von UNEP identifizierten verschmutzten Standorte haben begonnen, wobei nur weitere 5 % in die derzeitigen Aufräumarbeiten einbezogen sind, und kein Standort wurde vollständig gereinigt.
- Von UNEP als „Sofortmaßnahmen“ eingestufte Maßnahmen – in Bezug auf Trinkwasser und Gesundheitsschutz - wurden nicht ordnungsgemäß umgesetzt. Es gibt immer noch Gemeinden ohne Zugang zu sauberem Wasser. Gesundheits- und Umweltüberwachung wurde nicht durchgeführt.
- Es gibt keine öffentliche Dokumentation darüber, wie die seit 2018 bereitgestellten 31 Mio. US-Dollar ausgegeben wurden.

- 11 von 16 Unternehmen, die mit der Sanierung beauftragt wurden, haben Berichten zufolge keine registrierte Expertise in der Sanierung von Ölverschmutzungen oder verwandten Bereichen.
- HYPREP hat zahlreiche Interessenkonflikte, da Shell weiterhin in die Verwaltungsräte für die Reinigungen involviert ist und sogar seine eigenen Mitarbeiter in HYPREP einsetzt.

Die Organisationen fordern eine rasche Säuberung und insbesondere, dass die nigerianische Regierung:

- sicherstellt, dass die Ogoni auf ihre Grundrechte zugreifen können, einschließlich des Rechts auf sauberes Trinkwasser.
- eine Strategie zur Bekämpfung der Ursachen der Ölverschmutzung unter vollständiger Einbeziehung der lokalen Gemeinschaften entwickelt und implementiert.
- HYPREP stärkt und sicherstellt, dass es eine unabhängige, transparente Agentur ist, ohne dass Shell in Überwachungs- und Managementstrukturen involviert ist.
- alle Informationen über das Aufräumprojekt und seinen Fortschritt veröffentlicht.

Dass Shell:

- allen Gemeinden, die von fehlgeschlagenen oder verspäteten Sanierungsarbeiten bei Ölverschmutzungen betroffen sind, eine angemessene Entschädigung anbietet.
- alle alten und beschädigten Rohrleitungen stilllegt.
- sich verpflichtet, die Sanierung von Ogoniland und dem Rest des Nigerdeltas zu finanzieren.

Dass europäische Regierungen, in deren Ländern Ölunternehmen beheimatet sind, die im Nigerdelta Rohstoffe fördern:

- eine politische Kehrtwende machen, um die Sanierung von Ogoniland und dem Rest des Nigerdeltas über die Interessen der Unternehmen zu stellen.
- das Engagement und die Unterstützung der nigerianischen Regierung verstärken, um eine wirksame Umsetzung der Empfehlungen des UNEP, eine unabhängige Überwachung der Ölindustrie und wirksame Hilfsmaßnahmen für die betroffenen Gemeinden sicherzustellen.
- strenge internationale Vorschriften für die Haftung von Unternehmen im Ausland festlegen - beispielsweise ein EU-Gesetz zur obligatorischen Sorgfaltspflicht für Menschenrechte und einen verbindlichen UN-Vertrag über Wirtschaft und Menschenrechte.

Diese Übersetzung beruht auf einem englischsprachigen Artikel von Amnesty International:
<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/06/no-clean-up-no-justice-shell-oil-pollution-in-the-niger-delta/>

Hier finden Sie die elektronische Version des Berichts in englischer Sprache:
<https://www.amnesty.org/en/documents/afr44/2514/2020/en/>

Übersetzt von Alexander Weide
Theko Menschenrechte und Indigene Völker

ANGOLA

DIE SAN UND COVID-19 IM SÜDLICHEN AFRIKA

Anhaltende Dürre, Landraub und erschwerter Zugang zu Bildung und einer adäquaten Gesundheitsversorgung führen in vielen Gemeinden der San zu Marginalisierung und Unterernährung, was ihre Disposition zu Covid-19 weiter erhöht.

In der letzten Rundbriefausgabe (Juni 2020) haben wir auf die derzeitige Situation der San in Namibia aufmerksam gemacht. Die Probleme, denen die indigenen Gemeinden dort begegnen, sind aber keineswegs auf Namibia beschränkt. Die San im benachbarten Angola sind im gleichen Maße von ökonomischer und sozialer Marginalisierung betroffen, was durch die anhaltende Dürre verstärkt wird. Vor allem während der Corona-Pandemie kann dies zu einer noch höheren Ansteckungsgefahr mit Covid-19 führen. Im Zuge der lokalen Beschränkungen, die im Frühjahr 2020 als Teil des Lockdowns eingeführt wurden, hinderte die angolansische Regierung mehrere Aktivist/-innen daran, Informationsmaterialien zu Covid-19 und Hygieneprodukte wie Desinfektionsmittel und Masken an Gemeinden der San und anderer Minderheiten zu verteilen. In diesem Zusammenhang wurden neun Mitglieder/-innen der NGO *Mission of Beneficence Agriculture of Kubando, Inclusive Technologies and Environment* (MBAKITA) für acht Stunden von der Polizei festgehalten.¹ Dabei ist ihre Arbeit von zentraler Bedeutung, um auch Minderheiten ohne gesicherten Zugang zu Informationskanälen wie Internet und TV zu erreichen und vor der Ausbreitung des Coronavirus zu schützen.

Neben dem beschränkten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wird die traditionelle Lebensweise der San – aber auch anderer Minderheiten – immer weiter durch Landraub und die von der Regierung vorangetriebene Kommerzialisierung der Rinderhaltung gefährdet.² Im Rahmen eines Großprojekts der angolansischen Regierung wurden mittlerweile ca. 76.000 Hektar Land enteignet und der Agrarindustrie zur Verfügung gestellt. Versuche von MBAKITA auf die negativen Folgen der sozio-ökonomischen Marginalisierung aufmerksam zu machen führten zu Einschüchterung, Todesdrohungen und sogar Angriffen auf Mitglieder der NGO.³

Amnesty International arbeitet weiterhin mit lokalen Aktivist/-innen der San zusammen, um ihre Rechte durchzusetzen und den Schutz ihrer Gemeinden sicherzustellen. Weiterführende Informationen zur derzeitigen Lage in Angola finden Sie beispielsweise in einem aktuellen Artikel von Camile Cortez, Amnesty International Südafrika, der im Daily Maverick erschienen ist.⁴

Alexander Weide
Theko Menschenrechte und Indigene Völker

¹ <https://www.amnesty.org/en/documents/afr12/2146/2020/en/>

² <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/10/angola-drought-and-commercial-cattle-farming-exposes-tens-of-thousands-to-devastating-hunger/>

³ Beachten Sie hierzu den offenen Brief an die angolansische Regierung, den Amnesty International mit unterzeichnet hat: <https://www.amnesty.org/en/documents/afr12/2356/2020/en/>; im *Rundbrief Juni 2020* finden Sie auch eine Urgent Action zu diesem Fall.

⁴ <https://www.dailymaverick.co.za/article/2020-08-10-angola-authorities-must-do-more-to-protect-the-vulnerable-san-people-during-covid-19/>

SÜDAFRIKA

SCHUTZ FÜR NONHLE MBUTHUMA!

Das Leben der Menschenrechtsverteidigerin Nonhle Mbuthuma ist in Gefahr. Grund dafür ist, dass sie sich gegen ein Bergbauunternehmen wehrt, das Titan auf dem Land der Amadiba abbauen will.



© Amnesty International

"Wenn man uns unser Land wegnimmt, verlieren wir unsere Identität", sagt Nonhle Mbuthuma. Das Bergbauunternehmen Transworld Energy and Mineral Resources (TEM) will Titan in der Provinz Ostkap abbauen. Auf dem Land, wo die Mine entstehen soll, leben traditionell etwa 5.000 Amadiba. Sollte die Mine genehmigt werden, droht ihnen die rechtswidrige Vertreibung. Die Amadiba würden ihre Häuser und ihre Existenzgrundlage verlieren und müssten ihre traditionelle Lebensweise aufgeben.

Um dies zu verhindern, hat Nonhle Mbuthuma gemeinsam mit anderen Mitgliedern ihres Volkes das Amadiba Crisis Committee gegründet, dem Menschen aus fünf Dörfern angehören. Sie führt den Widerstand gegen das Bergbauunternehmen an und wird seit der Gründung des Amadiba Crisis Committee ständig eingeschüchert und bedroht. 2016 ist einer ihrer Mitstreiter erschossen worden. Nonhle Mbuthuma steht ebenfalls auf einer „Todesliste“. Einen versuchten Anschlag hat sie zum Glück überlebt. Trotzdem will sie nicht aufgeben und weiter ihr Land verteidigen: „Es gehörte meiner Großmutter, die es wiederum von ihren Großeltern geerbt hat. Was soll ich denn meinen Kindern hinterlassen?“

Mittlerweile erhält sie einen gewissen Schutz, und auch in Gerichtsurteilen sind die Rechte der Amadiba gestärkt worden, jedoch fehlt es immer noch an uneingeschränktem Rechtsschutz.

Die Petition zu diesem Fall ist eingestellt; Sie können sich aber auch direkt an Nonhle Mbuthuma wenden!

Schicken Sie eine Solidaritätsbotschaft und machen Sie ihr Mut, ihren Kampf fortzusetzen.

Senden Sie einen Brief an:

**Nonhle Mbuthuma
c/o Amnesty International South Africa
97 Oxford Road, Saxonwold
2196 Johannesburg
Südafrika**

BANGLADESCH

November 22, 2020

MR. BIR BAHADUR USHWE SING MP

Minister

Ministry of Chittagong Hill Tracts Affairs

Bangladesh Secretariat

Dhaka 1000, Bangladesh

SUBJECT: PROTECT THE INDIGENOUS MRO PEOPLE FROM FORCED EVICTION

Honorable Minister Sing,

I hope this letter finds you well. I am writing to share Amnesty International's concern about the construction of a five-star hotel in the Chittagong Hill Tracts which could lead to the forced eviction of the Mro Indigenous people from their ancestral lands.

The construction of the luxury hotel on the route between Chimbuk and Thanchi¹ will eventually wipe out villages, forcibly evict a large number of the Mro people and destroy the social, economic, traditional and cultural fabric of the Mro Indigenous community. Members of the Mro and other Indigenous communities are also afraid that the construction of the hotel will damage sacred sites, forests, water resources and biodiversity in the region.

The construction of a five-star hotel under these circumstances would violate the Bangladeshi authorities' responsibility and commitment to protect and promote the rights of the Indigenous peoples, rather than providing the Indigenous community with the necessary support to realize their own development plans, for example by improving access to education and electricity.

Community members said that the hotel and associated projects may ultimately lead to the direct and indirect taking away of at least 800 acres of land of the Indigenous people in violation of the customary laws of the community. The action also contravenes Bangladesh's commitment to protect the "institutions, persons, property and labour of these populations" under the ILO Indigenous and Tribal Populations Convention, 1957. Article 11 of the Convention further states that the "right of ownership, collective or individual, of the members of the populations concerned over the lands which these populations traditionally occupy shall be recognized", and Art. 13(2) provides that "Arrangements shall be made to prevent persons who are not members of the populations concerned from taking advantage of these customs or of lack of understanding of the laws on the part of the members of these populations to secure the ownership or use of the lands belonging to such members."

¹ UNB; Work on 5-star hotel, amusement park at Nilgiri begins; 12. September 2020

Furthermore, the hotel's construction, on the land belonging to Indigenous peoples, would violate Bangladesh's constitutional obligation to "protect and develop the unique local culture and tradition of the tribes, minor races, ethnic sects and communities."

I urge your government to:

Immediately abandon the construction of the luxury hotel on the Chimbuk-Thanchi route, and ensure that any further construction or establishment in the Indigenous land respects the free prior and informed consent of the community;

Protect and develop the lives and livelihood of the Indigenous peoples in line with Bangladesh's commitment in its Constitution and international human rights law.

Yours sincerely,

Omar Waraich
Head of South Asia

REF: TG ASA.13/2020/006 – AI Index Number: ASA 13/3368/2020

AMNESTY INTERNATIONAL
SOUTH ASIA REGIONAL OFFICE
INTERNATIONAL SECRETARIAT

www.amnesty.org

e: saro@amnesty.org – **t:** +94 112 03 4081 – **f:** +94 112 66 5965 47

Alexandra Place, Colombo 7, SRI LANKA

INDIEN

TERRORISMUSVORWÜRFE GEGEN MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER

Stan Swamy ist Jesuitenpater, langjähriger Aktivist für die Rechte der indigenen Bevölkerung und wurde im Alter von 83 zu Indiens ältestem Terrorverdächtigen.¹ Er stammt aus dem südindischen Bundesstaat Kerala, lebt und arbeitet seit Jahrzehnten im heutigen Bundesstaat Jharkhand um mit den dort lebenden Adivasi² für eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zu streiten. Nachdem während seines Studiums sein Interesse an politischem Aktivismus geweckt wurde, setzte er sich als Akademiker, Leiter einer Schule für Angehörige marginalisierter Gruppen und vor allem als Aktivist für die Schwächsten der indischen Gesellschaft ein.³

Im ressourcenreichen Jharkhand kommt es regelmäßig zu Landkonflikten zwischen Bergbaukonzernen und Adivasi, deren Rechte auf Selbstverwaltung und Mitbestimmung über ihr angestammtes Land immer wieder verletzt werden. Dort befinden sich einige der reichsten Rohstoffvorkommen von Jharkhands. Diese Konflikte spielen der *Communist Party of India (Maoist)*⁴ in die Hände, einer verbotenen Partei, die mit Guerillamethoden gegen den indischen Staat kämpft und sich als Anwalt der Adivasi und anderer marginalisierter Gruppen darstellt. Trotz des vermeintlichen Reichtums bleibt somit der Großteil der Bevölkerung Jharkhands arm. Der Abbau von Kohle und anderer Ressourcen ist weiterhin eine Priorität der indischen Bundesregierung und auch wichtiger Bestandteil ihres Wiederaufbauplans nach der COVID-19-Pandemie.⁵

Stan Swamy arbeitete hier jahrelang dafür, die Adivasi Jharkhands besser mit ihren verfassungsmäßigen Rechten, insbesondere des unzureichend implementierten Rechts auf Selbstverwaltung⁶ vertraut zu machen und ihre Anliegen an eine breitere Öffentlichkeit heranzutragen. Hierbei kam er bereits mehrfach mit den Behörden in Konflikt. Die nun gegen Swamy vorgebrachten Terrorismusvorwürfe sind keine Besonderheit. Swamy selbst hatte sich bereits zuvor für rund 3.000 junge Adivasi eingesetzt, die

¹ Vgl. Soutik Biswas: Stan Swamy – The oldest person to be accused of terrorism in India, bei: BBC-News, 12.10.2020, <https://www.bbc.com/news/world-asia-india-54490554>, [25.10.2020].

² Adivasi ist ein Sammelbegriff für die zahlreichen indigenen Völker Indiens.

³ Vgl. Soutik Biswas: Stan Swamy – The oldest person to be accused of terrorism in India, BBC-News, 12.10.2020, <https://www.bbc.com/news/world-asia-india-54490554>, [25.10.2020].

⁴ Abgekürzt CPI (Maoist).

⁵ Auch während der Pandemie wurden allein in Jharkhand neun neue Kohleminen eröffnet. Zu den Auswirkungen der Pandemie und der Regierungsmaßnahmen auf die Indigenen Indiens siehe: National Campaign Against Torture/International Work Group for Indigenous Affairs/Indigenous Lawyers Association of India: Bearing the Brunt – The Impact of Government Responses to COVID-19 in Indigenous Peoples in India, 11.09.2020, https://iwgia.org/images/publications/new-publications/2020/Bearing_the_brunt_online.pdf, [03.11.2020].

⁶ In einem Artikel von 2018 beklagt Swamy vor allem, dass die Adivasi kein Gehör beim Gouverneur fänden, obwohl dieser mit dem Schutz ihres Landes betraut ist und dass die Interessen von Bergbaukonzernen Vorrang vor den Einwänden von Adivasigemeinden eingeräumt würden. Gerichtsurteile würden von Bundes- und Staatsregierungen vielfach ignoriert oder umgangen. (Vgl. Stan Swamy: Does Raising Questions on the Rights of Adivasis Make Me a 'Deshdrohi'?, The Wire, 09.10.2020 (Erste Veröffentlichung 31.07.2018), <https://thewire.in/rights/pathalgadi-movement-ativasis-stan-swamy-sedition>, [05.11.2020].

sich friedlich gegen die Vertreibung von ihrem Land wehrten und als vermeintliche Maoisten inhaftiert wurden.⁷ Nun wird ihm vorgeworfen, durch dieses Engagement Terroristen unterstützt zu haben.

Im Oktober wurde Swamy ungeachtet seines Alters, seiner angeschlagenen Gesundheit⁸ und den Gefahren einer COVID-19-Infektion von Jharkhand im Osten Indiens nach Mumbai im Westen gebracht, wo er unter Anklage steht. Man wirft ihm vor, als Angehöriger der CPI (Maoist) zum Umsturz der Regierung aufgerufen zu haben. Angeklagt wurde Swamy unter dem berüchtigten *Unlawful Activities (Prevention) Act* (UAPA) – einem Gesetz zur Terrorismusbekämpfung, welches es den Behörden ermöglicht, Individuen als Terroristen zu brandmarken. Hiervon waren bereits zahlreiche Kritiker der Regierungslinie betroffen. Anlass zur Anklage boten die Bhima Koregaon-Protteste aus dem Januar 2018. Hier kam es zu Protesten und Gewaltausbrüchen zwischen Dalits⁹ und Hindu-nationalistischen Gruppen, bei denen ein Mensch ums Leben kam. Ein sich wiederholendes Muster der vergangenen Jahre zeigte sich darin, dass anschließend nur in eine Richtung ermittelt wurde.

Infolge der Ereignisse wurden zunächst neun Personen,¹⁰ vor allem Akademiker/-innen und Aktivist/-innen, im Zusammenhang mit den Ausschreitungen inhaftiert.¹¹ Die Angeklagten werden beschuldigt, die Eskalation der Proteste geplant zu haben, um den Umsturz der Regierung voranzutreiben. Nach Ansicht von Amnesty International handelt es sich um politisch motivierte Anklagen zur Unterdrückung von Regierungskritiker/-innen. Amnesty International sieht die Angeklagten als Opfer einer Verleumdungskampagne, die für die Menschen in ihren Gemeinden Helden seien.¹² Dass kritischen Stimmen Verbindungen zur CPI vorgeworfen werden, ist keineswegs neu und dient seit Jahren vermehrt dazu, legitime Kritik zu diskreditieren.

Nachdem die neu gewählte Regierung Maharashtras eine Überprüfung der Inhaftierungen anordnete, wurde das Verfahren von den Bundesbehörden übernommen, die im Oktober 2020 auch Swamy inhaftieren ließen.

Stan Swamys Wohnung wurde 2018 und 2019 im Zuge der Ermittlungen durchsucht. Er selbst wurde mehrmals befragt. Nach zwei Jahren – während die anderen Beschuldigten in Haft auf ihr Verfahren warteten – wurden nun Dokumente als Beweise gegen Swamy vorgelegt, die belegen sollen, dass er der CPI angehöre und einen bewaffneten Aufstand von Dalits und Muslim/-innen gegen die Regierung geplant habe.

⁷ Vgl. Harsh Mander: Stan Swamy has stood with the oppressed. The state considers him an enemy, *The Indian Express*, 23.10.2020, <https://indianexpress.com/article/opinion/columns/stan-swamy-arrest-bhima-koregaon-case-elgar-parishad-6843742/>, [27.10.2020].

⁸ Swamy musste sich bereits mehreren Operationen unterziehen und leidet unter Parkinson.

⁹ Die Dalits sind die vom Kastensystem am stärksten diskriminierte Gruppe und im Westen vor allem als „Unberührbare“ bekannt.

¹⁰ Weitere Inhaftierungen folgten. Swamy wurde erst in diesem Jahr als Beschuldiger hinzugefügt. Von den zahlreichen Pandemiebedingten Haftentlassungen wurden sie, wie auch andere Menschenrechtsverteidiger ausgeschlossen. (Vgl. hierzu: Amnesty International: Daring to stand up for Human Rights in a pandemic, 2020, <https://www.amnesty.de/sites/default/files/2020-08/Amnesty-Bericht-Menschenrechtsverteidiger-Corona-Pandemie-August-2020.pdf>, [03.11.2020]). Auch Swamys Antrag auf Kautions wurde abgelehnt.

¹¹ Menschenrechtsverteidiger, die sich für ihre Freilassung einsetzten wurden zudem anschließend als Ziele einer „Spyware“-Kampagne überwacht. (Vgl. hierzu: Amnesty International: India – Human Rights Defenders Targeted by a Coordinated Spyware Operation, 15.06.2020, <https://www.amnesty.org/en/latest/research/2020/06/india-human-rights-defenders-targeted-by-a-coordinated-spyware-operation/>, [03.11.2020].

¹² Vgl. Amnesty International: Bhima Koregaon 11 – Briefe gegen das Vergessen, August 2020, <https://www.amnesty.de/mitmachen/brief-gegen-das-vergessen/bhima-koregaon-11>, [29.10.2020].

Swamy selbst bezog wenige Tage vor seiner Verhaftung in einem Video zu den Ermittlungen Stellung.¹³ Er betont, nie in Bhima Koregaon gewesen zu sein. Die Dokumente, die seine Verbindung zur CPI belegen sollten, bezeichnete er als untergeschoben, bot zugleich aber weitere Kooperation mit den Ermittlungsbehörden an.

Der Regierungschef von Jharkhand bezeichnete die Inhaftierung Swamys als Grenzüberschreitung der Zentralregierung, und auch andere Oppositionspolitiker/-innen sprachen von einem Angriff auf bürgerliche Freiheiten.¹⁴ Wie in den Fällen der anderen Inhaftierten liegt auch bezüglich Swamys der Schluss nahe, dass die Anklagen primär eine Strafe für ihre Kritik an der Regierung und ihr unerwünschtes Engagement darstellt.

Zuletzt forderte die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, die Regierung auf, diejenigen freizulassen, die unter dem UAPA für die Ausübung ihrer Rechte inhaftiert wurden und hob Swamys Inhaftierung hierbei hervor.¹⁵ Indienweit kam es zu Demonstrationen gegen Swamys Inhaftierung, denen sich Tausende anschlossen.¹⁶

Die Repressionen gegen Stan Swamy sind keine Ausnahme, sondern werden immer mehr zur Regel. Nach mehreren Durchsuchungen und einer anhaltenden Verleumdungskampagne musste auch die indische Sektion von Amnesty International in diesem Jahr ihre Arbeit einstellen, nachdem ihre Konten aufgrund vermeintlicher Verstöße gegen den kurz zuvor verschärften *Foreign Contributions Regulation Act* (FCRA) eingefroren wurden. Die allgemeine Formulierung dieses Gesetzes wurde von der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte ebenfalls kritisiert, da es offen für Missbrauch sei und dazu verwendet werde, Nichtregierungsorganisationen einzuschüchtern und für ihre Kritik zu bestrafen. Konstruktive Kritik solle ihr zufolge nicht in dieser Weise kriminalisiert werden, weswegen sie die indische Regierung aufrief, den FCRA bezüglich seiner Vereinbarkeit mit internationalen Menschenrechtsstandards zu überprüfen.¹⁷

Die amtierende Amnesty-Generalsekretärin Julie Verhaar bezeichnete das Vorgehen als Schmutzkampagne und Einschüchterung ohne glaubwürdige Beweise. Es sei unangemessen, dass ein Mitglied des UN-Menschenrechtsrats diejenigen, die Rechenschaft und Gerechtigkeit forderten, verstummen lassen wolle.¹⁸ Amnesty ist damit nur die letzte unter zahlreichen Menschenrechtsorganisationen, die ihre Arbeit in Indien aufgrund staatlicher Repressionen einstellen mussten.

Indien, das sich gern als größte Demokratie der Welt präsentiert, schränkt somit legitimen Widerspruch und Protest gegen die Regierungslinie ein. Zugleich werden weitere Repressionen gegen die Adivasi und andere marginalisierte Gruppen erleichtert, indem Aktivismus für ihre Rechte mit Terrorismus gleichgesetzt wird.

¹³ Das Video ist unter anderem unter https://www.youtube.com/watch?v=K_q77clUazw abrufbar. [30.10.2020]

¹⁴ NDTV.com: NIA Court Rejects Tribal Activist Stan Swamy's Bail Plea, 23.10.2020, <https://www.ndtv.com/india-news/nia-court-rejects-tribal-activist-stan-swamys-bail-plea-2314525>, [28.10.2020].

¹⁵ Office of the High Commissioner for Human Rights: Bachelet dismayed at restrictions on human rights NGOs and arrests of activists in India, Genf, 20.10.2020, <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26398&LangID=E>, [26.10.2020].

¹⁶ Vgl. Mari Marcel Thekaekara: India's arrest of an 83-year-old priest on terrorism charges is an insult to justice, The Guardian, 18.10.2020, <https://www.theguardian.com/world/commentisfree/2020/oct/18/india-arrest-83-year-old-priest-terrorism-charges-stan-swamy-indigenous>, [06.11.2020].

¹⁷ Office of the High Commissioner for Human Rights: Bachelet dismayed at restrictions on human rights NGOs and arrests of activists in India, Genf, 20.10.2020, <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26398&LangID=E>, [26.10.2020].

¹⁸ Zitiert nach: Amnesty International: Amnesty International India halts its work on upholding human rights in India due to reprisal from Government of India, 29.09.2020, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/09/amnesty-international-india-halts-its-work-on-upholding-human-rights-in-india-due-to-reprisal-from-government-of-india/>, [26.10.2020].

Swamy betonte vor seiner Inhaftierung, sich in einer Reihe mit den zahlreichen öffentlichen Intellektuellen und Aktivisten zu sehen, die für ihren Widerspruch inhaftiert wurden. Er sei froh, kein stiller Betrachter zu sein.¹⁹

David Weiß
Theko Menschenrechte und indigene Völker

AI-BROSCHÜRE ZU INDIGENEN

Indigene und Menschenrechte – die 16-seitige Amnesty-Broschüre gibt einen kurzen Einblick in das Thema indigene Völker und Problematik von Landkonflikten. Einige Regierungen haben zwar die Rechte ihrer indigenen Bevölkerung in ihren Verfassungen verankert, trotzdem werden deren Kollektivrechte auf ihr angestammtes Land den wirtschaftlichen Interessen von Konzernen und Staaten untergeordnet. Die Broschüre zeigt Beispiele u. a. aus Brasilien, Bolivien, Ecuador und Indien.



Die Broschüre kann kostenlos bezogen werden bei Barbara Hermanns, Theko Menschenrechte und indigene Völker:
barbara.hermanns@hamburg.de

¹⁹ https://www.youtube.com/watch?v=K_q77clUazw, [30.10.2020].

AUSTRALIEN

„FREE THE FLAG“: DAS URHEBERRECHT AN DER „ABORIGINAL FLAG“

Die Aboriginal-Flagge ist rechteckig. Die obere Hälfte ist rot, die untere Hälfte ist schwarz. In der Mitte ist ein großer, gelber Kreis. Abbilden könnten wir die Flagge nicht, denn sie ist urheberrechtsgeschützt.

Die Aboriginal-Flagge wurde 1971 vom Aboriginal-Designer Harold Thomas entworfen. 2018 hat er dem Unternehmen WAM Clothing, das nicht von Aboriginal-Australier/-innen geführt wird, die Nutzungsrechte an der Flagge überschrieben. Das bedeutet: Wann immer Aboriginal-Australier/-innen die Flagge nutzen möchten, müssen sie für diese Nutzung bezahlen. Die Identifizierung mit der Flagge und durch die Flagge wird damit beeinträchtigt.

Schon vor 2018 hatten mehrere andere Firmen die Nutzungsrechte an der Flagge inne. Diese Firmen achteten allerdings nicht so sehr darauf, dass die Flagge nicht anderweitig genutzt wird. WAM Clothing ist allerdings streng: Sie reichen sogar Unterlassungsklagen gegen Aboriginal-Designer/-innen ein, die die Flagge zum Beispiel auf Kleidung verkaufen. Auch, wenn die Designer/-innen mit dem Verkauf Geld für einen guten Zweck sammeln. So ist es 2019 der Gunditjmara Laura Thompson von der Firma „Clothing the Gap“ ergangen. Sie startete daher die Kampagne „Free the Flag“. Durch gesellschaftlichen Druck soll die Flagge frei nutzbar gemacht werden, so wie es laut Aussage der Kampagne alle anderen Flaggen bereits sind.

Mehr Informationen auf Englisch gibt es auf der Webseite und der Instagram-Seite von „Clothing the Gap“. Webseite: <https://clothingthegap.com.au/pages/free-the-flag> (letzter Zugriff: 08.11.2020)

Eine Zusammenfassung der BBC auf Englisch:
<https://www.bbc.com/news/world-australia-49315063> (letzter Zugriff: 08.11.2020)

Sarah Ahrens
Theko Menschenrechte und indigene Völker

ALWAYS WAS, ALWAYS WILL BE ABORIGINAL LAND: FIRST NATIONS PEOPLES' STRUGGLE FOR THEIR LAND

First Nations people have lived in this country now called "Australia" since time immemorial. According to western science they have lived here for over 65,000 years. For Aboriginal people there is literally no life without the land. Their belief is that the "Land owns us"²⁰ in contrast to the dominant culture's belief that "We own the land". Aboriginal people have led a long struggle over land rights, one which continues today. The beginnings of this struggle began almost a century ago. In the time since, Aboriginal people have led public protests, brought about positive political action, set up a tent on the front lawn of the Canberra Parliament known as the Aboriginal Tent Embassy, and more. For a timeline of the land rights struggle, see <http://www.respectandlisten.org/nt-intervention/land-rights.html>.

At a variety of protests (against the Northern Territory Intervention, Aboriginal deaths-in-custody, child removals, destruction and desecration of Aboriginal sacred sites and more) First Nations people and their supporters chant among others "Always Was, Always Will Be Aboriginal Land"!

Every second week in July one week of celebration of the history, culture and achievements of Aboriginal and Torres Strait Islander peoples is held. This week of celebration is called NAIDOC week²¹. NAIDOC got its name from the National Aboriginal and Islanders Day Observance Committee. Because of the current Covid-19 pandemic, this year's NAIDOC week has been postponed from July to November. This year's theme is "Always Was, Always Will Be" and is being held from 8 to 15 November. It recognises that First Nations people have occupied and cared for this continent for over 65,000 years. Many of Australia's First Nations People and communities have worked tirelessly to defend their country and keep their people and community strong.

With the Reconciliation for Western Sydney group I've held a series of six evenings of zoom events from October to November as part of its first Virtual Building Bridges event. On 11 November we had a First Nations speaker from Western Australia. Aunty Anne Poelina, Nyikina Warrwa Traditional Custodian and Guardian of the Martuwarra (also known as the Fitzroy River)²², spoke about "Martuwarra First Law Justice: Land, Living Waters and Indigenous Peoples' Wellbeing."²³ The theme fit well with this year's NAIDOC theme "Always was Always will be". As the oldest living cultures on the planet, First Nations People share ancient creation songs and stories to create meaning and purpose for their collective responsibility in managing the wellbeing and survival of their peoples entwined within the Martuwarra living waters; wetlands, springs, billabongs, floodplains and soaks. Aunty Anne said, "The Martuwarra, Fitzroy River is our ancestor, spiritual guardian, creator and holder of our First Law, law of the land and not the law of man...". She is a highly educated and strong speaker who is also featured in the documentary "Undermined: Tales from the Kimberley"²⁴ which we showed at Amnesty's Sydney office a few years ago. Aunty Anne referred to the Murray Darling River disaster and how we should learn from that. She spoke strongly about the need to protect the Martuwarra River and also mentioned her upcoming talk at TEDxPerth Countdown: WA Climate Leadership Summit. "Climate change mitigation will only succeed if grounded in Indigenous and collective wisdom".

²⁰ https://www.qcaa.qld.edu.au/downloads/approach2/indigenous_res006_0712.pdf (Link zu Dokument)

²¹ <https://www.naidoc.org.au/about/naidoc-week>

²² <https://martuwarrafitzroyriver.org/>

²³ You can watch her full speech from the zoom event at <https://reconciliation4westernsydney.org/virtual-building-bridges-2020/>

²⁴ <https://underminedfilm.com>

Aunty Anne's daughter Marlikka Perdrisat wrote a fantastic article about "Understanding The Role Of First Law In Our Country" where she is inviting "everyone that is reading this to explore and understand the value of First Law in our rugged but fragile continent. First Law teaches us about our interdependence with Country, to care about things beyond what is simply just human, and to create justice for all species."²⁵

Below are two brief examples of recent destructions of Aboriginal Sacred Sites:

Djab Wurrung woman Sissy Eileen Austin wrote that the destruction of a sacred tree on Djab Wurrung country (in Victoria) last month has broken their hearts. She stated "We are the last generation to ever be in the powerful presence of our directions tree on Djab Wurrung country. (...) Country is who we are, country is what guides us and what grounds us in all that we do as First Nations people. This particular 12km stretch, where the expansion of a road between Melbourne and Adelaide is planned, holds a deep intimate connection for Djab Wurrung women, with birthing trees that are more than 800 years old. Thousands of generations of Djab Wurrung babies have been born in this country (...)"²⁶

The Djab Wurrung Tent Embassy has been set up to protect these sacred trees. On its website it is stated "This area is part of the song line, the series of scared trees and artefacts we find here regularly prove it's significance. To our People, the land is our means of survival. It is our food, spirit, identity and culture. Our lands have a spiritual value and not an economic one. If the land is destroyed so is our dreaming. Our dreaming is our story. It is what connects us to the beginning of time, back to our spirit ancestors, our creators."²⁷

A new heritage legislation will not prevent similar incidents from happening in the future like the destruction of a 46,000-year-old Aboriginal sacred site at Juukan Gorge in Western Australia. Former Kimberley Land Council chief executive and new Amnesty International Australia's Indigenous Lead Nolan Hunter said the changes would amount to nothing when miners and Aboriginal people found themselves at odds over heritage protection. "If there is a negotiation, for example, and they don't agree, all that will happen is what happens now," Mr Hunter said.²⁸

He also said that, "Rio Tinto's actions at Juukan Gorge show a total lack of regard for their obligations to the PKKP (Puutu Kunti Kurrama And Pinikura) people and their human rights obligations as an international company operating in Australia. The PKKP had already engaged in a seven-year battle to try to protect the site. For Rio Tinto to claim the blast was a misunderstanding is highly insulting to the Traditional Owners, and to all Aboriginal people who have fought so hard for rights over their land."²⁹

Sabine Kacha
Amnesty International Australien

²⁵ <https://junkee.com/understanding-first-law/278373>

²⁶ <https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/oct/27/the-destruction-of-a-sacred-tree-on-djab-wurrung-country-has-broken-our-hearts>

²⁷ <https://dwembassy.com/why-we-are-here/>

²⁸ <https://www.abc.net.au/news/2020-09-08/juukan-gorge-repeat-possible-under-proposed-wa-law-leaders/12639846>

²⁹ <https://www.hrlc.org.au/news/2020/7/8/rio-tinto-must-be-stripped-of-human-rights-ranking-juukan-gorge-destruction>

FILMTIPP

INCONVENIENT INDIAN

Dokumentarfilm, 90 Min.; Regie: Michelle Latimer

Kanada, 12. September 2020

Der von der kanadischen Filmemacherin Michelle Latimer stammende Dokumentarfilm basiert auf der Erzählung des preisgekrönten Bestsellers „*The Inconvenient Indian*“ - *A Curious Account of Native People in North America* von Thomas King und wurde im September 2020 beim internationalen Filmfestival in Toronto u.a. vom *People's Choice Documentary Award* als bester kanadischer Film ausgezeichnet.

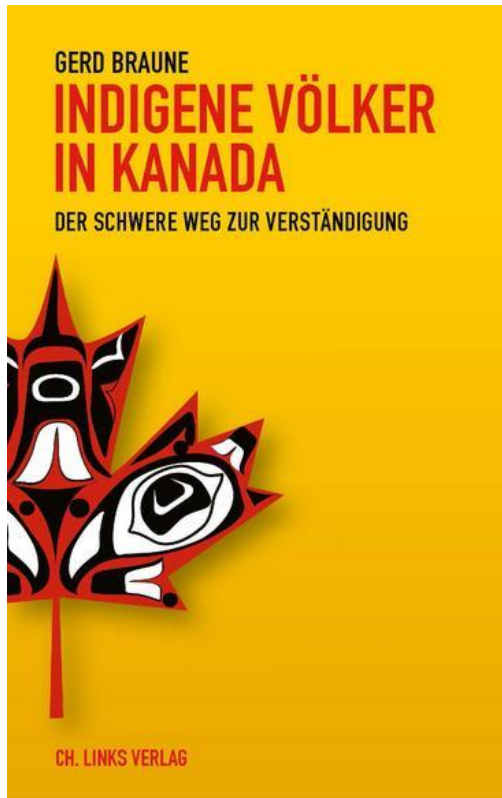
Michelle Latimer untersucht in ihrem Film die Kolonialisierung der indigenen Völker in Nordamerika und geht auf ihre Traditionen, Sprache und Religion ein, die systematisch durch staatliche Stellen unterdrückt wurden. Eine der grausamsten Handlungen war die systematische Verschleppung indigener Kinder aus ihren Familien und ihre Unterbringung in englischsprachigen, christlichen Internaten, um sie zu „zivilisieren“ und die Gebräuche der Einwanderer/-innen zu lehren.

Es geht darum, das kulturelle Gedächtnis und Bewusstsein für die Vorstellung von Geschichte und Wahrheit für heutige Generationen zu visualisieren und zu beleben. Thomas King schreibt dazu: "Vielleicht ist es unfair, die Vergangenheit nach der Gegenwart zu beurteilen – aber es ist auch notwendig".

In ihrem bewegenden und nachdenklich stimmenden Film arbeitet Michelle Latimer mit Interviews, Film- und Archivmaterial, Tanz, bildender Kunst, traditionellen Bräuchen wie Tätowieren und Jagen und entscheidet sich, dem Autor Thomas King selbst die Rolle des Erzählers zu überlassen.

BUCHTIPPS

Wir möchten Sie auf drei sehr beeindruckende und informative Neuerscheinungen hinweisen, die sich mit der Vergangenheit und der heutigen Situation der indigenen Völker Kanadas befassen.



**Gerd Braune: „Indigene Völker in Kanada“
Der schwere Weg zur Verständigung**

Erschienen: September 2020, Christoph Links Verlag Berlin, Seitenzahl: 272, Abbildungen s/w: 25, Karten: 1
ISBN: 978-3-96289-097-1
Taschenbuch: 20,00 €

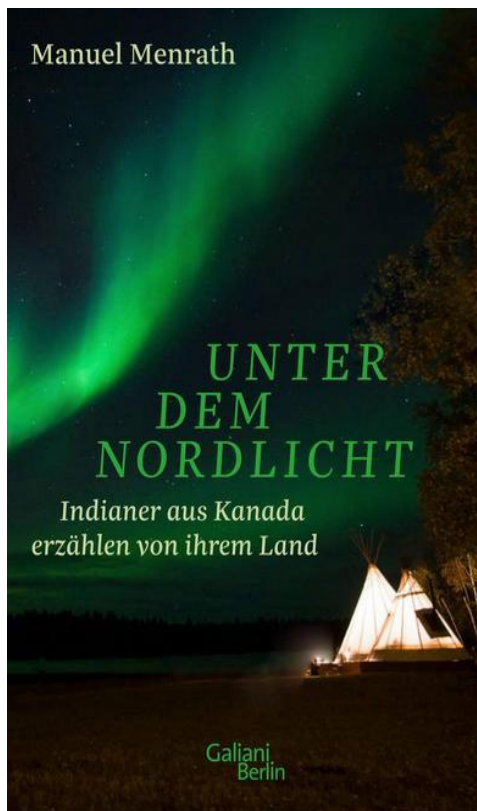
Klappentext

In Europa gilt Kanada im Vergleich zu den USA als "der bessere Teil Nordamerikas". Doch der Umgang mit der indigenen Bevölkerung ist auch hier ein Sündenfall: Noch bis vor wenigen Jahrzehnten wurde mit teils brutalen Maßnahmen versucht, die kulturelle Identität dieser Menschen auszulöschen und sie zu assimilieren. Wie erfolgversprechend ist da der vor Kurzem eingeleitete Versöhnungsprozess?

Gerd Braune hat indigene Gemeinden im ganzen Land besucht und mit Vertretern der drei indigenen Völker, First Nations, Inuit und Métis, gesprochen. Er erzählt ihre Geschichte vor und nach Ankunft der Europäer und seit der kanadischen Staatsgründung. Vor allem aber berichtet er, wie die indigenen Völker heute leben und um ihre Rechte kämpfen.

Gerd Braune: Jahrgang 1954, lebt in Ottawa und berichtet als freiberuflicher Korrespondent über Kanada. Er wurde in Toronto / Kanada geboren und wuchs in Deutschland auf; nach dem Studium der Politik und Rechtswissenschaft arbeitete er für die Nachrichtenagentur AP und die Frankfurter Rundschau.

Leseprobe



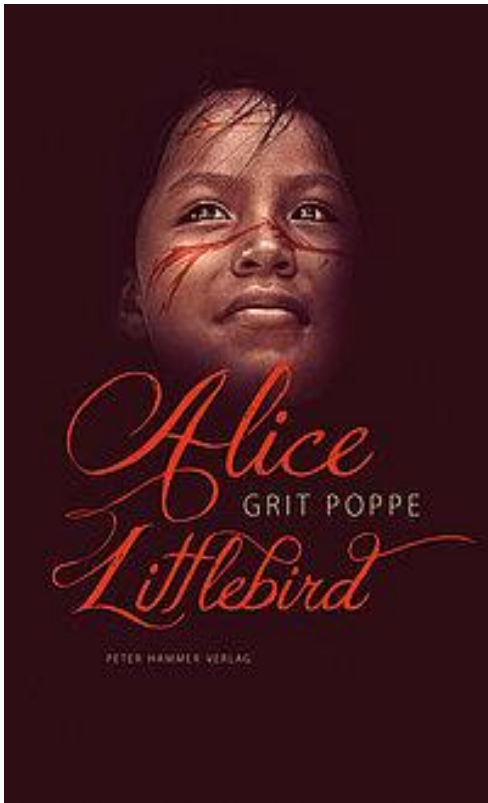
**Manuel Menrath: „Unter dem Nordlicht“
Indianer aus Kanada erzählen von ihrem
Land**

Erschienen: 20. August 2020, Verlag Galiani
Berlin, Seitenzahl: 480, Abbildungen: farbiger
Bildteil, 2 farbige Karten
ISBN:978-3-86971-216-1
gebundene Ausgabe: 26,00 €

Klappentext

"Wir wurden nicht in Kanada geboren, sondern Kanada wurde auf unserem Land geboren." Bären an wilden Flüssen, Ahornsirup, Eishockey, nette Umgangsformen - unser Bild von Kanada ist von Klischees geprägt. Genauso romantisiert ist unsere Vorstellung von Indianern, die immerhin einen Großteil des Landes besiedeln: Lagerfeuer, Adlerfedern, Wildpferde und ein Leben im Einklang mit der Natur. Doch wie leben sie wirklich? Der Schweizer Historiker Manuel Menrath zeigt es uns in diesem Buch. Er machte sich auf in entlegene Gebiete im hohen Norden Kanadas, dorthin, wohin keine Straße führt, und traf Cree und Ojibwe in ihren Reservaten. Und sie vertrauten ihm, dem Europäer - dem Wemistigosh (Holzbootmensch). Sie nahmen ihn mit zu ihren rituellen Festen und zur Jagd, er lebte unter ihnen. In über hundert Interviews erzählten sie ihm von ihrem Leben - ihrem Verhältnis zur Natur, ihren Vorfahren, ihrer Geschichte - und von dem Land, das sich heute "Kanada" nennt und dessen Entstehung für sie mit großem Leid verbunden ist. Sie erzählten von verschwundenen Tieren, alten Ritualen. Und von den Grausamkeiten in den Residential Schools, in denen ihre Kinder in die Gesellschaft der Weißen zwangsassimiliert wurden. Ihre Geschichten handeln von den sozialen wie seelischen Verwüstungen des kulturellen Völkermords, von Depression, Drogen- und Alkoholmissbrauch. Allein im Cree-Dorf Attawapiskat gab es im Jahr 2016 100 Selbstmordversuche unter Jugendlichen - genau in dem Jahr, in dem Premier Justin Trudeau (viel zu spät) die Rechte der Indigenen anerkannte. Manuel Menraths Buch berichtet vom Leben derer, die schon seit Jahrtausenden in Kanada leben - und lässt sie selbst zu Wort kommen.

Leseprobe

**Grit Poppe: „Alice Littlebird“**

Erschienen: 2020, Peter Hammer Verlag
Wuppertal, Seitenzahl: 240

ISBN: 978-3-7795-0632-4

gebundene Ausgabe: 15,00 €

Jugendbuch ab 11 Jahre.

Klappentext

Als Alice Littlebird, ein Mädchen aus dem Volk der Cree, von ihrer Familie getrennt wird und in die Black Lake Residential School kommt, verliert sie alles. Die Nonnen nehmen ihre Kleider weg und scheren ihr das Haar. Sie darf ihre Sprache nicht sprechen und muss mit Worten, die sie nicht versteht, zu einem Gott beten, den sie nicht kennt. Selbst den Namen nimmt man ihr: Alice Littlebird ist Nr. 47 und nur eines der Kinder, die sich abends in den Schlaf weinen. Ganz leise, denn Weinen ist verboten. Nicht einmal ihren Bruder Terry, der im Jungentrakt der Schule lebt, darf Alice sehen. Doch damit will sie sich nicht abfinden! Als sie in der rebellischen Shirley und der Köchin Elli zwei Vertraute findet, gelingt es ihr, Terry zu treffen und der hat längst einen Plan ausgeheckt: Er und Alice Littlebird werden fliehen! Grit Poppe erzählt von einer riskanten Flucht. Alice und Terry sind erfunden, doch die Residential Schools zur Umerziehung der Kinder von Ureinwohnern Kanadas waren allzu lange traurige Realität. Mit einem Nachwort zum Thema Residential School.

Leseprobe:

<https://www.peter-hammer-verlag.de/buchdetails/alice-littlebird>